



BIBLIOTEKA
Instytutu
Bałtyckiego
w Bydgoszczy

54595
E 1905 T
3855

Die Kulturwürdigkeit lebendiger und ihre Eignung für Siedlung

Unter besonderer Berücksichtigung der ostpreußischen
Verhältnisse

Inaugural-Dissertation

zur

Erlangung der Doktorwürde
einer Hohen Mathematisch-Naturwissenschaftlichen Fakultät
der Friedrich-Schiller-Universität Jena

vergelegt von

Gert Grunau

Diplomlandwirt
aus Gr.-Teschendorf (Westpr.)



Großbetrieb für Dissertationsdruck von Robert Noske in Borna-Leipzig

1935

1936/1938

CZYTELNA
REGIONALNA

JL.5



34489

52593

3855

1542

Gedruckt mit Genehmigung
der Mathematisch-Naturwissenschaftlichen Fakultät
der Friedrich-Schiller-Universität Jena

Berichterstatter: Professor Dr. Wilmann

Jena, den 3. März 1934

Professor Dr. Keller
d. Dekan

Inhalt.

	Seite
I. Einführung	1
II. Die Rolle der leichten Böden bei der Kolonisation Ostpreußens von der Zeit des Deutschen Ordens bis zum Weltkrieg	3
III. Die Bedeutung leichter ostpreußischer Böden für Siedlungsziele in der Gegenwart	10
A. Grundzähiges zur heutigen Siedlungsfrage	10
B. Voraussetzungen für die Besiedlung leichter Böden in Ostpreußen	15
1. Betriebswirtschaftliche Grundlagen.	
a) Die Boden- und Klimaverhältnisse	15
b) Das Kulturartenverhältnis	17
c) Grundlagen des Ackerbaus	18
a) Der Getreidebau	
b) Der Haferfruchtbau	
γ) Der Anbau anderer Zulieferer.	
d) Grundlagen der Viehhaltung	25
a) Die Rughtierhaltung	
b) Die Rindviehhaltung	
γ) Die Schweinehaltung	
d) Die übrige Viehhaltung.	
e) Die Auswirkungen der Verkehrslage	33
2. Geeignete Siedler für leichte Böden	34
3. Hilfsmaßnahmen für die Ansiedler	37
a) Maßnahmen der Selbsthilfe	
b) Maßnahmen von öffentlicher Hand.	
4. Zur Frage der geeigneten Betriebsgröße auf leichten ostpreußischen Böden	40
IV. über die Eignung leichter Böden für Siedlungsziele	43
Anhang (Tabellen)	
Anmerkungen	
Literaturverzeichnis	

I. Einführung.

Wird ein Boden mit „Kultivierbarkeit“ oder als „leichter Boden“ bezeichnet, so werden damit gewisse pflanzenbauliche und betriebswirtschaftliche Vorstellungen verbunden.

Pflanzenbaulich steht die „Kultivierbarkeit“ in engem Zusammenhang mit der natürlichen Bodenfruchtbarkeit, die in erster Linie von der lebenden Substanz — Bakterien und Pilzen — und ihrer Mischung mit der toten Substanz — mineralische Masse — abhängt¹⁾. Je reicher ein Boden an lebender Substanz ist, um so höher wird sein Vermögen, Pflanzen hervorzubringen und um so höher wird seine „Kultivierbarkeit“. Bei einem geringen Vorkommen an lebender Masse wird die Zahl der gebliebenen Pflanzen immer kleiner und dementsprechend nähert sich ein Boden der Grenze seiner „Kultivierbarkeit“. Diese Grenze ist für einen landwirtschaftlichen Betrieb dann erreicht, wenn der Boden keine Kulturpflanzen mehr hervorzubringen vermag oder wenn ihr Anbau unrentabel erscheint.

Damit wird die betriebswirtschaftliche Frage der Kultivierbarkeit angeschnitten. Zwar besteht die Möglichkeit, die natürliche Fruchtbarkeit und damit die Kultivierbarkeit eines Bodens zu heben (Bewässerung, Düngung u. a.), doch hängt es außer von den Wachstumsfaktoren Wasser, Wärme, Licht von der Zusammensetzung des Bodens — lebende und tote Masse — ab, wieviel derartige Maßnahmen lohnen. Die Kultivierbarkeit wird dadurch mit zu einem Maßstab für die aufzuwendende Intensität, die neben den Produktionsfaktoren „Arbeit und Kapital“ auch durch den Faktor „Natur“ bestimmt wird.

Wird ein Boden mit einem besonderen Grab von Kultivierbarkeit bezeichnet, so verbindet man damit bereits eine Qualitätsvorstellung des betreffenden Bodens. Noch eindeutiger wird diese Vorstellung, wenn man eine bestimmte Bodenart näher bezeichnet, etwa als „leichter, mittlerer oder schwerer Boden“. Diese Böden lassen durch die Art ihrer Benennung auf verschiedene Eigentümlichkeiten schließen, wie auf ihre physikalischen, chemischen und biologischen Eigenschaften, auf ihre Bearbeitbarkeit, ihre Fähigkeit, gewisse Kulturpflanzen zu tragen u. a. m. Ein endgültiges Urteil kann über diese Böden jedoch erst gefällt werden, wenn auch die äußeren Intensitätsfaktoren bekannt sind, die außer den natürlichen Grundlagen die Kultivierbarkeit eines Bodens vom betriebswirtschaftlichen Standpunkt aus beeinflussen.

Wenn in dieser Arbeit von „leichtem Boden“ gesprochen wird, so ist damit ein Boden gemeint, der als Sandboden, lehmiger oder humoser Sandboden mit bis zu 20 % tonhaltigen bzw. 5 % humushaltigen Bestandteilen bezeichnet wird. Betriebswirtschaftlich versteht der Verfasser unter „leicht“ einen Boden, der nach Aereboes Einteilung²⁾ nach dem Geschehen der Kulturpflanzen Roggen-Lupinen-Boden, Seradella-Kartoffel-Boden und Hafer-Kartoffel-Boden genannt wird.

Zweifellos handelt es sich bei den hier angeführten Böden um die am wenigsten wertvollen. Ein Blick auf eine Karte über die Verteilung der landwirtschaftlichen Hauptbodenarten Deutschlands zeigt, einen wie bedeutenden Teil der Gesamtfläche die leichten Böden einnehmen. Besonders augenfällig erscheint es, daß in der deutschen Ostmark, nämlich in den Grenzkreisen Schlesiens, Brandenburgs, der Grenzmark, Pommerns und Ostpreußens die leichten Böden vorherrschen³⁾. Man kann sagen, daß die ganze deutsche Grenze gegen Polen aus einem Gürtel leichten Bodens besteht; darum kommt der Frage der Siedlungsfähigkeit des leichten Bodens besondere Bedeutung zu.

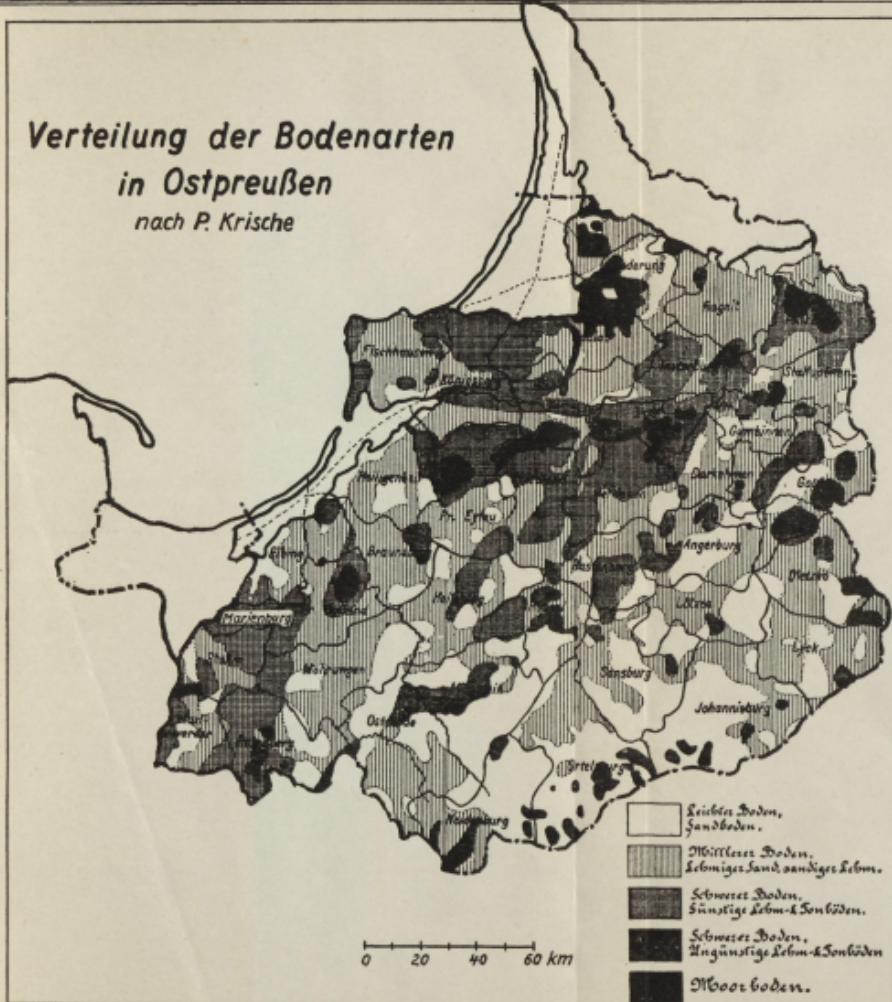
Vornehmlich das vom Reich getrennte Ostpreußen mit seiner geringen Bevölkerungsdichte, besonders in den Grenzkreisen, verdient bei der Siedlungs-politik des Reiches berücksichtigt zu werden. Weil in den Grenzgebieten dieser Provinz die leichten Böden vorherrschen (vgl. Karte), will der Verfasser hier eine Prüfung der Eignung leichter Böden für Siedlungs-zwecke vornehmen, deren Ergebnisse für den gesamten deutschen Osten zum großen Teil ebenfalls zutreffen.

Ostpreußens Südgrenze gegen Polen wird von dem Reg.-Bez. Allenstein, der Landschaft Masuren, gebildet, in welchem die leichten Böden in hohem Maße die schwereren überwiegen. Von den masurenischen Kreisen — Lyck, Löhen, Johannisburg, Sensburg, Ortelsburg, Allenstein, Neidenburg und Osterode⁴⁾ — findet man den dürfstigsten Boden in den Grenzkreisen Neidenburg, Ortelsburg und Johannisburg; bessere Böden mit mehr Lehmanteil weisen die Kreise Sensburg und Lyck auf.

Vor dem Kriege war die Siedlungstätigkeit in Masuren bedeutend stärker als gegenwärtig, so daß zu jener Zeit das nationalpolitische Ziel der Siedlung im Vordergrund gestanden haben muß. In der Zeit von 1890 bis 1910 wurden allein im Reg.-Bez. Allenstein fast halb soviel Stellen neu ausgelegt wie in der ganzen Provinz Ostpreußen, nämlich 2171 gegen 4611. Besonders zahlreiche neue Siedlungen finden sich in den Kreisen Osterode, Neidenburg und Löhen, in welchen der Großgrundbesitz am stärksten vorherrschte. Nach dem Kriege verlagerte sich das Schwer-gewicht der Siedlung nach dem Reg.-Bez. Königsberg und damit in ein Gebiet mit schwereren Böden, so daß Masuren innerhalb der Provinz heute nur noch an zweiter Stelle steht. Der Grund für diese Verschiebung

Verteilung der Bodenarten in Ostpreußen

nach P. Krische



ist neben den ungünstigen natürlichen Verhältnissen Masurens in dem steigenden Güterangebot der stark verschuldeten Betriebe im Königsberger Bezirk zu suchen^{9).}

Abgesehen von dem Reg.-Bez. Allenstein treten in Ostpreußen nur noch kleinere Landstriche mit vorwiegend leichtem Boden hervor, wie in den Kreisen Tilsit, Angerburg und Mohrungen; doch gelten für diese ähnliche Verhältnisse wie in Masurien, so daß sich eine gesonderte Besprechung erübrigt.

II. Die Rolle der leichten Böden bei der Kolonisation Ostpreußens von der Zeit des Deutschen Ordens bis zum Weltkrieg.

In den Aufzeichnungen über die Geschichte der preußischen Kolonisation wird sehr wenig überliefert, inwieweit die Bodenverhältnisse auf die Besiedlung des Landes eingewirkt haben. Infolgedessen ist der Verfasser auf mittelbare Anhaltspunkte angewiesen, wie auf frühgeschichtliche Funde landwirtschaftlicher Geräte, die Dichte der Besiedlung, die Selbsthaftigkeit der Bevölkerung, ihre Hauptbeschäftigungszweige und ihre Nahrung; ferner auf die Art ihrer Abgaben, die Preisverhältnisse zwischen den landwirtschaftlichen Erzeugnissen und schließlich auf den Wildreichtum des Landes. Diese Punkte können aber nicht allein maßgebend sein, da die Besiedlung oft künstlich durch inner- und außenpolitische Einfüsse gehemmt oder gefördert wurde. So kommt es, daß in früherer Zeit weniger als heute auf die Bodenqualität geachtet wurde, weil infolge der geringen Bevölkerungszahl genügend Raum vorhanden war und oft nicht so sehr auf die sozialen Verhältnisse der Siedler als auf die politische Machtstellung des Staates gesehen wurde. Es darf daher nicht wundernehmen, daß für die Kolonisten der eigene Lebensunterhalt und die notwendigen Naturalabgaben der Hauptgrund für den Intensitätsgrad der Bodenbearbeitung waren. Ein auf Verkauf von Getreide und tierischen Erzeugnissen eingerichteter Betrieb war auch deshalb unzweckmäßig, weil die unzureichenden Transportmöglichkeiten die Ausdehnung des Handels beeinträchtigten.

Es scheint als ziemlich sicher festzustehen, daß zuerst der leichte Boden ackerbaulich genutzt wurde^{9).}, wie das Beispiel der Lausitz — mit vorwiegend leichten Böden — zeigt, wo schon in frühgeschichtlicher Zeit eine bedeutende Ackerkultur zu finden war. Der Grund hierfür liegt wohl in der leichten Bearbeitbarkeit derartiger Böden, da zunächst Pflüge mit Metallscharen unbekannt waren. Als weiterer Grund kommt hinzu, daß sich die

Beseitigung der natürlichen Vegetation auf leichten Böden nicht so schwierig gestaltete wie auf schwereren, wenn auch die Verwendbarkeit von Steingeräten zu Rodezwecken nicht unterschätzt werden darf^{1).}

Von einer planmäßigen Kolonisation Preußens kann erst gesprochen werden, als der Deutsche Orden nach dem heutigen Ost- und Westpreußen gekommen war, um die Bewohner zum Christentum zu bekehren. Der Anstoß hierzu wurde von polnischer Seite gegeben. Die polnischen Fürsten hatten schon mehrmals vergeblich die Unterwerfung der heidnischen Preußen versucht, und Herzog Konrad von Masowien wandte sich daher an den Hochmeister Hermann von Salza mit der Bitte, die Bekehrung der Preußen zu übernehmen und versprach ihm dafür das Kulmerland und Preußen als Lehen. Hermann von Salza schickte als ersten Landmeister im Jahre 1230 Hermann Ball nach Preußen, und der Orden begann nun sich von der Weichsel aus im Lande festzusetzen. Zunächst brachten die Ordensritter nur wenige Ansiedler mit, die sich meistens in den Städten (Thorn und Kulm) niederließen. Aus seiner Tätigkeit in Palästina hatte der Orden gelernt, daß ein Land ohne einen gesunden Bauernstand verkommen muß^{2).} Dieser Erkenntnis ist es zu verdanken, daß der Orden einen so bedeutenden Wert auf eine beständige Kolonisation legte.

Der Deutsche Orden konnte sich bei seiner Festsetzung in Preußen nicht nach den Bodenverhältnissen richten, sondern mußte nach geographischen Gesichtspunkten vorgehen, wenn er das Land fest in seine Hand bekommen wollte. So wurden auch die Gebiete zuerst besiedelt, die der Orden zunächst in seinen Besitz nahm, also das Kulmerland und Pomesanien. In Gebieten mit vorwiegend leichten Böden fielen dem Orden Pommern, Gallindien und Sudauen zu. Pommern ging im Zweiten Frieden von Thorn (1466) verloren, so daß nur die beiden anderen Landschaften, etwa das heutige Masuren, dem Orden verblieben. Wenn also die Rolle der leichten Böden in der Kolonisation des Ordens untersucht werden soll, handelt es sich hauptsächlich darum, die kolonisatorischen Maßnahmen in Masuren festzustellen.

Das heutige Masuren, der Regierungsbezirk Allenstein, wurde zur Zeit des Ordens von den Preußischen Gauen Gallindien und einem Teil von Sudauen eingenommen. Diese Bezeichnungen hielten sich nicht, denn der Orden teilte (nach 1466) jedem seiner Verwaltungsbezirke Oberland und Ratangen einen Teil Masurens, der sog. Wildnis, zu. In einer Urkunde von 1699, also bereits unter hohenzollerischer Herrschaft, werden die Ämter Masurens als die polnischen im Gegensatz zu den deutschen und litauischen bezeichnet. Danach gehörten zu Masuren die Ämter: Rhein, Seesten, Löhen, Angerburg, Lyck, Oletzko, Johannisburg, Ottelsburg, Hohenstein, Osterode, Reidenburg und Soldau^{3).}

Als der Orden nach Preußen kam, war Masuren nur schwach besiedelt¹⁰). Ob das Land vor den Gallindieren dichter bevölkert war, kann nicht genau festgestellt werden. Doch lassen die Funde alter Pfahlbauten, Kultstätten, Gräberfelder, Münzen und Geräte darauf schließen, daß Masuren schon lange Zeit vor den Gallindieren bewohnt war¹¹), deren Stammverwandtschaft mit den Preußen von polnischer Seite häufig bestritten wird¹²). Mit preußischen Nachbarstämmen haben die Gallindier und die Pollexier und Batzinger, die Bewohner Sudauens, häufig gegen Polen und später gegen den Orden gekämpft. Ihre meistens erfolglosen Fehden gegen den Orden führten dazu, daß Masuren fast völlig verwüstet und verödet war, als es in den endgültigen Besitz des Ordens kam. In der ersten Zeit seiner Herrschaft scheint sich der Orden nicht viel um Masuren gekümmert zu haben, denn in einer Chronik von 1325 wird berichtet, daß Gallindien, Sudauen und Radrauen wüst geblieben seien bis auf den gegenwärtigen Tag¹³). Erst um die Mitte des 14. Jahrhunderts begann eine größere Einwanderung. Der natürliche Reichtum Masurens an Wild, Fischen, Honig, Holz usw. war ein gutes Mittel, Kolonisten in das Land zu locken. Die ersten Ansiedler, die aus Ermland, Masowien und dem Ordensland selbst kamen¹⁴), beachteten deshalb auch nicht den Boden des Landes, sondern ließen sich als Jäger, Fischer, Beutner und Holzfäller nieder. Erst der Hochmeister Dietrich von Altenburg setzte es sich zur Aufgabe, die „Wildnis“ in Kulturland umzuwandeln, nachdem sie den nördlichen Verwaltungsbezirken des Ordens zugeteilt war. Da der Zustrom von Siedlern aus dem Reiche nach dem unglücklichen Kriegsausgang von 1410 erheblich nachließ, wurden aus dem nördlichen und dichter besiedelten Ordensland deutsche Ansiedler nach Masuren geschickt, denn der Orden legte großen Wert darauf, daß das deutsche Element in Masuren das führende wurde, wie aus einer Verordnung ersichtlich wird, die zur Zeit des Hochmeisters Konrad von Jungingen erlassen wurde¹⁵).

Von der grundherrlichen Periode, welche die erste in der Kolonisation des Ordens war, wurde Masuren nicht berührt. Hier fanden zunächst kaum größere Landverleihungen statt, und die Ansiedlung von Bauern ging nicht von den Grundherren, sondern von dem Orden selbst aus. Zwar kam es im 15. Jahrhundert zu größeren Landvergebungen in Masuren¹⁶), am meisten wurde aber das fulmische Recht auf freie und auf Zinsburgen verliehen. Die Größe der einzelnen Besitzungen war sehr verschieden. Während bei den ersten Dorfgründungen des Ordens meistens 2 Hufen (etwa 34 ha)¹⁷) vergeben wurden, betrug der Flächenumfang der Ländereien in Masuren häufig etwa 10 Hufen¹⁸). Weber und Aubin nehmen an¹⁹), daß dem Orden nach seinen agrarpolitischen Erfahrungen in Preußen eine Betriebsgröße von etwa 10 Hufen am geeignetesten schien;

auch mag in Masuren der leichte Boden der Grund zur Schaffung größerer Siedlungen gewesen sein.

Um die Mitte des 15. Jahrhunderts kam es zu großen Landverleihungen an Adlige, besonders an Söldnerführer, denen der Orden in hohem Maße verpflichtet war, da er ihnen wegen seiner finanziellen Not lange keinen Sold hatte zahlen können. Unter diesen befanden sich sehr fähige Leute, die für den Fortschritt der Kultur in Masuren Bedeutendes geleistet haben²⁰⁾). Die Adligen erhielten Jagd- und Patronatsrecht, so daß sie mit ihren Ländereien kleine Herrschaften innerhalb des Ordensstaates bildeten, die zur Erschütterung der absoluten Macht des Ordens beitrugen.

Der Zweite Thorner Friede (1466) brachte den Orden um seine wertvollsten Gebiete; deshalb hatte Masuren für ihn in dem nun verbleibenden Landesteil einen ungleich höheren Wert als früher. Es wurden jetzt mehrere neue Komtureien angelegt, von denen die Kolonisation des Landes ausging. Zwar wurde die Besiedlung des Landes nun dichter — auch durch Heranziehung von Polen —, doch hat der Ackerbau und die Viehzucht zur Zeit des Ordens keine hervorragende Stelle einnehmen können. Die Hauptnahrung bildeten Fische, Wild und Honig. Von Getreidearten wurden hauptsächlich Roggen, Hafer und Buchweizen (Haldehorn) angebaut; ferner Gerste, um Bier bereiten zu können, denn fast jedes Gut besaß eine Brauerei. Zum Weizenbau lag ein gewisser Zwang vor, da zu dem abzuliefernden Pflugkorn auch Weizen gehörte. Sein Preis gegenüber den anderen Getreidearten war erheblich höher als heute — um 100% und noch teurer als Roggen²¹⁾ —, worin das Risiko im masurenischen Weizenbau zum Ausdruck kommt. Eine starke Bedeutung hatte der Flachsbau, da die Weberei wegen des großen Bedarfes an Leinwand und Regen einen wichtigen Erwerbszweig der Bewohner bildete. Von einer intensiven Ackerkultur kann aber in Masuren zur Zeit des Ordens keine Rede gewesen sein, was auch aus dem riesigen Wildbestand des Landes zu damaliger Zeit erhellt. Über das häufige Vorkommen der verschiedenen Wildarten können wir Genaueres aus überlieferten Jagdstrecken des Markgrafen Johann Siegmund erfahren, der in den Jahren 1612/13 8 Auer, 45 Eiche, 672 Hirsche, 614 Tiere, 179 Wildkalber, 138 Rehe, 5 Bären, 8 Wölfe, 810 Sähen, 64 Füchse usw. erlegte²²⁾). In Gegenden Preußens mit intensiver Ackerkultur, wie in der Marienburger Niederung, war das Auftreten von größeren Wildarten so selten, daß hier das plötzliche Erscheinen eines Elches oder Hirsches als bedeutendes Ereignis in den Familienchroniken aufgezeichnet wurde²³⁾).

Neben den bereits erwähnten Erwerbszweigen der ländlichen Bevölkerung hatte noch die Gewinnung von Holzteer, Asche und Raseneisenstein für Guss und Schmiedezwecke einige Bedeutung²⁴⁾.

Bis zum 17. Jahrhundert lebten die Masuren hauptsächlich von dem Reichtum der Wälder und Seen; es lohnte sich anscheinend nicht, den leichten Boden des Landes intensiver zu beackern, wenn die Natur freiwillig das zum Lebensunterhalt Notwendige hergab. Als Masuren mit Preußen 1618 an Brandenburg kamen, hatte es zwar keine hochentwickelte Ackerkultur, aber ein recht dichtes Netz von städtischen und ländlichen Siedlungen, wodurch den Hohenzollern die Fortführung des von dem Orden vorbildlich begonnenen Siedlungswerkes bedeutend erleichtert wurde.

Von den Hohenzollern verdient zunächst Friedrich I. genannt zu werden, denn er nahm sich besonders Preußens wieder an, das durch die Tartareneinfälle und eine lang anhaltende Seuche sehr zu leiden gehabt hatte. Einen Teil der schweizerischen Einwanderer ließ er daher nach Ostpreußen ziehen. In Masuren kam es im Amt Ortelsburg zur Gründung neuer Ortschaften, deren Anlage dem Oberforstmeister übertragen wurde²³⁾. In den Jahren 1707—1711 wütete in Preußen von neuem die Pest, so daß die von der Tartarenzeit her so notwendige Erholungsperiode wieder unterbrochen wurde. Friedrich I. Nachfolger, Friedrich Wilhelm I., wandte daher seine ganze Aufmerksamkeit den preußischen Grenzgebieten zu und besuchte Masuren persönlich. Auch gründete er eine Kommission, die für die Bebauung des Landes und für Zuzug neuer Kolonisten sorgen sollte. Aus allen Teilen der deutschen Staaten führte er Ansiedler nach Ostpreußen, besonders Schweizer, Pfälzer, Franken, Nassauer und Salzburger²⁴⁾. Mehrere Städtegründungen erfolgten und die Verstärkung bzw. Neubildung von Garnisonen trug ebenfalls dazu bei, den Wohlstand der ländlichen Bevölkerung durch bessere Absatzmöglichkeiten zu fördern.

Bei den Kolonisationsbestrebungen der Hohenzollern beginnen die leichten Böden besonders unter der Regierung Friedrich II. eine hervorragende Rolle zu spielen. Die großen Gebietsgewinne in Schlesien, vor allem aber in Westpreußen und dem Neidesdistrkt brachten ihn in den Besitz ausgedehnter Ländereien mit leichten Böden, aber auch mit geringer Ackerkultur und Bevölkerungsdichte, so daß der König an seinen Bruder schreiben konnte: „Ich glaube, Canada ist ebenso cultiviert als Pommern.“²⁵⁾.

Für Ostpreußen zeigte der König allerdings wenig Interesse; man muß einräumen, daß das Aufgabengebiet der inneren Kolonisation so groß war, daß er nicht alle seine Provinzen gleichmäßig unterstützen konnte. Trotzdem entstanden auch in Ostpreußen Niederlassungen, vor allem auf königlichem Besitz²⁶⁾, da der von Friedrich Wilhelm I. einmal geschaffene Siedlerstrom nicht so schnell versiegte. Um die Kolonisation dieser Provinz zur Zeit Friedrich d. Gr. hat sich der Oberpräsident Domhard be-

sondere Verdienste erworben. Auch er versuchte die Verkehrsfrage der armen Provinztheile zu heben, doch der mit großem Eifer begonnene Bau eines Kanals zwischen den Masurenischen Seen und dem Pregel endete mit Mißerfolg und der König war über die erheblichen und nutzlos ausgegebenen Geldsummen recht verärgert. — Eine größere Melioration wurde zu seiner Zeit in Ostpreußen im Lattana-Bruch (ostwärts von Willenberg) begonnen, hier entstanden 6 Dörfer mit zusammen 67 Siedlerfamilien. Jede Stelle war 5—10 Hufen groß und enthielt zu $\frac{2}{3}$ handigen Acker und zu $\frac{1}{3}$ Wiesen²⁰).

Wenn man die Erfolge des großen Königs auf dem Gebiet der inneren Kolonisation und der Bodenkultur überdenkt, so muß man zugeben, daß nie wieder Ähnliches in dieser Hinsicht geleistet wurde, trotzdem die Fortschritte der Technik immer mehr derartige Arbeiten erleichterten. Zwar kamen die Maßnahmen des Königs Ostpreußen nur in geringem Umfang zugute; seine außerordentlichen Siedlungserfolge grade in Gebieten mit leichten Böden konnten aber allen Landesteilen als Vorbild dienen. Unvergeßlich werden die Urbarmachungen in den Obers-, Warthe- und Neheimerthüchen, sowie die zahlreichen Meliorationen unbrauchbarer Landflächen in anderen Provinzen sein. Die Verbindung der inneren Kolonisation mit der Urbarmachung von Siedlungsgebieten kennzeichnet des Königs geschickte Lösung der Siedlungsfrage.

Der Beginn des 19. Jahrhunderts stand im Zeichen der Agrarreformen, die sich für die ostpreußischen Gebiete mit leichten Böden besonders nachteilig auswirken mußten. Wir finden in Masuren teils durch Landabtretung, teils durch Verkauf eine starke Verminderung des bäuerlichen Besitzes. Ferner wurde durch die Verkleinerung der Stellen die Lebensfähigkeit der Bauernbetriebe auf leichten Böden geringer. Andersseits mußte für die noch bestehenden bleibenden bäuerlichen Wirtschaften die Aufhebung der Erbuntertänigkeit, der Scharwerksleistungen und vieler anderer Lasten als äußerst segensreich bezeichnet werden.

Die aus den verschiedensten Gründen einsetzende Abwanderung der ländlichen Bevölkerung zu Ende des 19. Jahrhunderts verschonte auch nicht die Gebiete mit leichten Böden. So finden wir in den masurenischen Kreisen eine etwa ebenso hohe tatsächliche landwirtschaftliche Abwanderung wie in den übrigen ostpreußischen Bezirken²¹). Ein Nachrücken polnischer Elemente war die Folge, zumal der Großgrundbesitz erheblich an Arbeitermangel zu leiden begann. Die nationalpolitische Gefahr wurde spät erkannt, denn erst im Jahre 1886 wurden Staatsmittel zur Ansiedlung deutscher Bauern und Arbeiter in Posen und Westpreußen zur Verfügung gestellt. Ostpreußen wurde zunächst nicht berücksichtigt, was hinsichtlich der deutschen Siedlungserfolge in Posen-Westpreußen kein Nachteil sein mag. Wenn auch von sozial- und wirtschaftspolitischen Gesichts-

punkten aus die Tätigkeit der Ansiedlungskommission als erfolgreich bezeichnet werden kann, so darf nationalpolitisch ihr Wirken nicht als günstig angesehen werden, denn durch die Siedlung in Posen und Westpreußen wurde die Ausdehnung der Polen an Zahl und Landbesitz größer als die der Deutschen. So konnte ein polnischer Wissenschaftler in Hinblick auf die deutsche Siedlungstätigkeit in Posen-Westpreußen schreiben: „Trotz allem hat sich die Fläche des polnischen Grundbesitzes im früheren preußischen Teilgebiete nicht nur nicht verringert, sondern ist im Gegenteil beständig gewachsen, während die des deutschen einer allmählichen aber ständigen Abnahme verfiel.“³¹⁾

Neben der Ansiedlungskommission war auch die sog. Generalkommission in Posen-Westpreußen tätig, die Landverläufe zwischen Privaten vermittelte und Parzellierungen durch Darlehen förderte. Es wurden zu kleine und überlastete Stellen ausgelegt, die nur für genügsame polnische Ansiedler in Frage kommen konnten. Von den bis 1896 geschaffenen Betrieben waren 45,3% kleiner als $7\frac{1}{2}$ ha und 34,1% der Siedlungen befanden sich in Händen von Polen³²⁾. Bei den ungünstigen Bodenverhältnissen in diesen Gebieten konnte von einem gesicherten Bestehen der Siedler keine Rede sein. Die Siedlungstätigkeit in Posen und Westpreußen gab daher Anlaß zu heftiger Kritik und die Stimmen mehnten sich, die eine Aufhebung des direkten Einflusses des Staates auf das Ansiedlungswesen forderten. So wurde am 8. Juli 1905 die Ostpreußische Landgesellschaft als erste selbständige, gemeinnützige Siedlungsgesellschaft größeren Stils unter finanzieller Beteiligung des Staates gegründet³³⁾. Wenn auch erst verhältnismäßig spät mit einer planmäßigen Siedlung in Ostpreußen begonnen wurde, so standen doch jetzt — besonders aus Gebieten mit leichten Böden — reiche Siedlungserfahrungen zur Verfügung, die ein Gelingen des Siedlungswerkes in Ostpreußen erhoffen lassen durften.

Erst von der Gründung der Landgesellschaft an begannen die leichten Böden bei der Siedlung in Ostpreußen eine bedeutende Rolle zu spielen. Nach der Herrschaft des Deutschen Ordens, der zielbewußt die Schaffung von Bauernbetrieben förderte, finden wir in Masuren ein allmäßliches Anwachsen des Großgrundbesitzes. Trotz der Bemühungen vieler Landesherren, die Bevölkerung durch Einwanderung zu vermehren, nahm diese besonders auf dem Lande durch viele unglückliche Zufälle — Kriege, Seuchen — ab, so daß manche Bauernhöfe herrenlos wurden. So wurde z. B. um 1662 das Domänenvorwerk Drygallen im Amt Johannisburg aus 21 wüsten Bauernhöfen des Dorfes Drygallen und 29 Hufen des verödeten Dorfes Dombrowken gebildet³⁴⁾.

Die Landgesellschaft begann sofort nach ihrer Gründung eine starke Siedlungstätigkeit und berücksichtigte vornehmlich Kreise mit leichten

Böden. Bis zum Kriege besiedelte sie eine Fläche von 21 790 ha mit rund 8100 Menschen, von denen 41% aus Ostpreußen selbst und 37% aus dem übrigen Deutschland stammten; 22% waren deutsche Rückwanderer aus Russland und Rumänien²⁶).

III. Die Bedeutung leichter ostpreußischer Böden für Siedlungszwecke in der Gegenwart.

A. Grundsätzliches zur heutigen Siedlungsfrage.

Bevor auf die Eignung leichter Böden für Siedlungszwecke in Ostpreußen näher eingegangen wird, soll zunächst die Siedlungsfrage allgemein erörtert und hierbei die Stellungnahme verschiedener Sachkennet auf dem Gebiet der inneren Kolonisation angeführt werden.

Siedlung bezweckt Vermehrung und Sesshaftmachung von Menschen in einem schwachbevölkerten Gebiet des eigenen Staates. Dieses Ziel verpflichtet zur Erfüllung national-, bevölkerungs-, sozial- und wirtschaftspolitischer Aufgaben, nach deren Erfüllung erst von einem vollkommenen Erfolg der Siedlung gesprochen werden kann, denn die Geschichte lehrt, daß sich die Vernachlässigung einer dieser Aufgaben in der Zukunft bitter rächt²⁷).

Die nationalpolitische Aufgabe verlangt eine Siedlung in den Gebieten, die durch die Ungunst ihrer natürlichen Grenzen und ihre geringe Bevölkerungsdichte keinen ausreichenden Schutz gegen feindliche Nachbarn gewährleisten. In hohem Maße zeigt die Ostmark diese Verhältnisse, denn in Ostpreußen kommen nur 61 Menschen auf den qkm, in Pommern 62 und in der Grenzmark Posen-Westpreußen 43, dagegen wohnen z. B. in Niederschlesien 118, in Sachsen 130, in Westfalen 238 und im Durchschnitt des ganzen Reiches 133 Einwohner je qkm²⁸). Als besonders gefährdet muß Ostpreußens Südgrenze gelten, denn die Grenzkreise Neidenburg und Johannisburg weisen nur 33,4 bzw. 32,8 Einwohner je qkm auf²⁹), während Polen eine durchschnittliche Bevölkerungsdichte von 70 Menschen/qkm besitzt. Dieses Nachbarland macht sich die Besiedlung seiner Grenzlande sehr leicht, wie die Enteignung des Minderheitenbesitzes, seine Aufteilung und Besetzung mit Polen deutlich zeigt. Die enorme Siedlungstätigkeit, welche Polen von seinem Bestehen nach dem Kriege vollbracht hat, veranschaulicht ein Vergleich zwischen ostdeutschen und polnischen Siedlungsergebnissen (Tab. 1³⁰)).

Polen glaubt jedoch mit einer intensiven Binnenkolonisation allein nicht seinen nationalpolitischen Aufgaben gerecht werden zu können, denn sogar in den Grenzonen Ostpreußens, Pommerns, Brandenburgs und

Tabelle 1.

Gegenüberstellung der östdeutschen und polnischen Siedlungsergebnisse.

	Östdeutschland (1919—1928)	Polen (1919—1927)
Zahl der Neuansiedlungen	16 127	109 100
Davon selbstständig	8 444	80 600
Durch Landzuflage vergrößerte Stellen .	98 079	200 300
Davon selbstständig geworden	27 384	+ X
Summe der Selbstständigen	35 928	80 600
Siedlungsfläche:		
Neuansiedlungen ha	190 101	967 900
Anliegeransiedlung ha	119 441	445 800
Gesamte Siedlungsfläche ha	309 542	1 413 700

Schlesiens sucht es durch Selbstmachung eigener Landsleute seinen Expansionsbestrebungen eine Grundlage zu schaffen, während es im eigenen Lande in einer 30-km-Zone längs der Grenze die Ansiedlung von Deutschen verbietet⁴⁰).

Nationalpolitisch erscheint in den deutschen Grenzprovinzen nicht nur eine Verdichtung der Bevölkerung, sondern auch ihre Durchdringung mit deutscher Kultur notwendig, als deren Träger auf dem Lande Kirche und Schule gelten müssen. Grade in Ostpreußen drängt sich in einigen Gebieten noch stark das polnische Element vor, wie in den Kreisen Allenstein und Stuhm; in Masuren wird zwar polnisch gesprochen, doch haben seine meist protestantischen Bewohner bei der Volksabstimmung im Jahre 1920 gezeigt, wieviel ihnen an einer weiteren Zugehörigkeit zum Deutschen Reich liegt.

Die oben geschilderten Verhältnisse lassen es als geboten erscheinen, daß sich die nationalpolitische Aufgabe der Siedlung nicht allein auf eine Verdichtung der Bevölkerung beschränkt, sondern daß auch der angesetzte Siedler eine Gewähr dafür bieten muß, in der vom Slaventum gefährdeten Ostmark ein Träger und Verbreiter deutscher Kultur und deutschen Gedankens zu sein.

Die bevölkerungspolitische Aufgabe der Siedlung liegt hauptsächlich in der Vermehrung der ländlichen Bevölkerung und in der Verhinderung ihrer Abwanderung; aus diesem Grunde müssen auch die Bevölkerungskreise zur Siedlung herangezogen werden, die den größten Siedlungswillen haben, wie die weniger bemittelten, aber kinderreichen Landarbeiterfamilien.

Die östlichen Provinzen zeigen in den letzten Jahrzehnten eine sehr ungünstige Bevölkerungsbewegung. Der Wanderverlust betrifft hauptsächlich

sächlich die ländlichen Bezirke und die im besten Arbeitsalter befindlichen Personen, so daß sich der Altersaufbau der Bevölkerung sehr ungünstig gestaltet¹¹). Auch durch die Auswanderung nach überseeischen Ländern gehen den Agrarprovinzen wertvolle Menschenkräfte verloren, die durch die Ansiedlungstätigkeit nicht wieder ersetzt werden konnten. In den Jahren 1921—1930 wanderten 123 536 Landwirte aus, dagegen konnten nur über 35 700 angesiedelt werden¹²). Es ergibt sich also ein bedeutender Verlust an Siedlermaterial, wenn auch nicht angenommen werden darf, daß alle auswandernden Landwirte geeignete Siedler geworden wären, denn viele waren unverheiratet und besaßen nur wenig Vermögen.

Die Erfüllung der bevölkerungspolitischen Aufgabe erfordert eine „gesunde Verteilung der Betriebsgrößen“, worunter eine derartige Mischung der Betriebsgrößen zu verstehen ist, daß jede einzelne bestehen und von dem Vorhandensein der anderen Vorteile ziehen kann (z. B. Bauernarbeit auf dem Gut einerseits, Wirtschaftsberatung des Gutes und Inventarverleihung an den Bauernbetrieb anderseits). Die Vorteile und Nachteile der einzelnen Betriebsgrößenklassen sind von Sachkennern schon so häufig dargelegt worden, daß sich in diesem Rahmen ein näheres Eingehen auf sie erübrigt. Derjenige Betrieb ist den anderen Größenklassen überlegen, welcher nach den örtlichen Verhältnissen die betriebstechnisch am günstigsten erscheinenden Bewirtschaftungsart aufweist. Der Großbetrieb hat z. B. dort seine Berechtigung, wo eine mehr extensive Wirtschaftsweise angebracht ist, während der Kleinbetrieb durch seine Familienarbeit einen intensiven Arbeitsaufwand gestattet und sich dadurch unter entsprechenden Verhältnissen wirtschaftlicher gestaltet. Wenn also die örtlichen Verhältnisse eine bestimmte Betriebsgröße einseitig begünstigen, kann das Bestehenlassen dieser Betriebsform gerechtfertigter sein als eine Aufteilung zur Erzielung eines gewissen Mischungsverhältnisses einiger Betriebsgrößenklassen.

Wenn die Siedlungs- und Landwirtschaftspolitik ihrem bevölkerungspolitischen Interesse durch die Schaffung neuer Betriebe nachgeht, hat sie auch die Erfüllung ihrer sozialpolitischen Aufgabe zu erstreben, ohne welche die drei anderen Aufgaben nicht zur Zufriedenheit gelöst werden können. Denn Siedlung bedeutet ja nicht allein Verdichtung der Bevölkerung, sondern auch ihre Selbsthaftmachung, die sich dadurch erreichen läßt, daß brauchbare Menschen als Siedler ausgebildet werden, ihnen für ihr sicheres Fortkommen geeignetes Land mit Inventar zur Verfügung gestellt und ihnen auch nach Übergabe der Stelle eine ihrer Vorbildung entsprechende Wirtschaftsberatung zuteil wird.

Verschiedene Momente wirken zusammen, die die „Lebensfähigkeit“ eines Siedlers bedrohen. Zunächst ist die Persönlichkeit des Siedlers selbst, sein Wissen und Können, für die sachgemäße Bewirtschaftung einer

Siedlung von ausschlaggebender Bedeutung. Stammt daher der Siedler aus einem nichtlandwirtschaftlichen Beruf, so ist vor seiner Ansetzung eine Schulung für seinen neuen Beruf erforderlich. Ferner kann die Bodenqualität als ein die Lebensfähigkeit bedingender Faktor angesehen werden. Der tüchtigste Siedler wird umsonst für sein und seiner Familie Auskommen arbeiten, wenn die Bodenart — vornehmlich sehr leichter und sehr schwerer Boden — Aufwendungen verlangt, die im Rahmen einer Siedlerwirtschaft nicht möglich sind. Ein ungünstiger Boden im Zusammenhang mit einem ebenholchen Klima erschwert wegen der ungewissen Futtergewinnung eine gesicherte Viehhaltung, die in einem Kleinbetrieb das wichtigste Mittel zum Rüfikoausgleich darstellt.

Ein äußerlich sichtbares Zeichen der Lebensfähigkeit eines Siedlerbetriebes kann man in der pünktlichen Zahlung der festgesetzten Rente erblicken, vor allem dann, wenn die Rente nicht nach einem Schema, sondern nach den Ertragsmöglichkeiten der Wirtschaft festgesetzt wurde. Die Höhe der Rente wird hauptsächlich durch die Bau- und Landkosten sowie die öffentlichen Lasten bestimmt. Besonders zur Herabsetzung der Baukosten sind mit dem Ziel, die Rementlast zu verringern, zahlreiche Vorschläge gemacht worden, die entweder das Baumaterial oder die Bauweise selbst betreffen. Vornehmlich bei der letzteren scheinen noch Möglichkeiten der Kostenverbilligung eines Siedlungsgehöftes zu liegen, wenn man den Siedler selbst zum Bau mit heranzieht. Die Ostpreußische Landgesellschaft konnte in dieser Beziehung gute Erfahrungen machen und durch die Hilfe der Siedler die Stellen um je 1500—2000 RM billiger bauen⁴³). Von ähnlichen Erfolgen berichten auch Sering⁴⁴) und Broederich aus eigener Beobachtung in Mecklenburg⁴⁵). Um auch Familien mit kleinen oder gar keinen Kindern oder mit wenig Kapital, wie den deutschen Flüchtlingen oder jungen Bauernsöhnen, eine Siedlungsmöglichkeit zu geben, hat man den Weg der „Primitiv- oder Aufstiegsiedlung“ vorgeschlagen. Die Inhaber derartiger Siedlungen besitzen die Aussicht, bei gutem Fortkommen und Heranwachsen der Kinder ihre bereits auf eine Vergrößerung berechneten Gebäude auszubauen und Land zuzukaufen, welches zu derselbigen Zwecken noch bei dem aufgeteilten Gut verbleibt. Leider liegen noch keine Erfahrungen größeren Umfangs über die Primitivsiedlung vor, da von früheren Regierungen aus Voreingenommenheit gegen diese Art der inneren Kolonisation gearbeitet wurde⁴⁶). Es muß eingeräumt werden, daß bei einer Entwicklungssiedlung ein starker Anreiz zu sozialem Aufstieg und intensiver Wirtschaftsweise besteht und der Siedler sich auf einem selbstgebauten Gehöft wohler fühlt und weniger zum Rügeln über getroffene Einrichtungen neigt als jemand, der eine „schlüsselfertige“ Stelle bezieht. Die Aufstiegsiedlung bedeutet nichts Neues auf dem Gebiet der inneren Kolonisation, denn der Deutsche Orden und Friedrich

d. Gr. ließen die Siedler ihre Gehöfte selbst bauen und stellten ihnen zu diesem Zweck Baumaterial zur Verfügung. Die Versuche, durch Mitwirkung des freiwilligen Arbeitsdienstes eine Verbilligung der Siedlung herbeizuführen, können bisher als wenig erfolgreich gelten, denn nach Beobachtungen der Ostpreußischen Landgesellschaft betrug dessen Arbeitsleistung gegenüber der normalen bei Beginn der Arbeiten etwa 20—30% und zu Ende etwa 70%⁴⁷), so daß die Zeit zwischen Ankauf und Besiedlung des Gutes erheblich verlängert wurde. Genaue Angaben über die Kosten der eben geschilderten Arbeitsweise gegenüber der früheren liegen noch nicht vor.

Die grundsätzliche Herabsetzung der Landpreise zur Verbilligung der Siedlung erscheint nicht zweckmäßig, denn diese Maßnahme würde nicht den Großgrundbesitz allein, sondern alle landwirtschaftlichen Betriebe durch Untergrabung ihrer Kreditsicherheit treffen⁴⁸).

In der Mehrzahl der Fälle wird dem Siedler auf die Dauer nicht eine geringe oder erlassene Rente seine Lebensfähigkeit sichern, wichtiger ist vielmehr, daß er vor seiner Ansetzung eine fachmännische Schulung für seinen neuen Beruf erfährt. Denn die Siedler, die entweder aus unselbstständigen landwirtschaftlichen oder anderen Berufskreisen kommen (Ihre Zahl ist recht beträchtlich, vgl. Tab. 16), müssen nach Übernahme einer Stelle den Posten eines landwirtschaftlichen Betriebsleiters ausfüllen. Dazu können sie meistens nur in der Lage sein, wenn sie in allen ihren neuen Beruf und die neuen Verhältnisse betreffenden Fragen beraten werden. Die in dieser Hinsicht gemachten Vorschläge verlangen für jedes Siedlungsdorf einen Berater, der entweder selbst Bauer mit größerem Besitz oder Lehrer der nächsten Wirtschaftsberatungsstelle sein soll. Die Beratung des Siedlers erstreckt sich nicht nur auf Gebiete seiner praktischen Tätigkeit — Viehzucht, Ackerbau —, sondern vor allem auch auf Bezugss- und Umsatzfragen und deren genossenschaftliche Regelung. Die Bedeutung des Genossenschaftswesens für die Siedlung wird allgemein anerkannt. Das Beispiel Lettlands zeigt, zu einem wie bedeutenden Wirtschaftsfaktor die Siedler durch ihre Zusammenfassung werden können. In Lettland wurden nach dem Kriege auf 29,81% der Gesamtfläche Siedlerstellen angelegt, und durch strenge Prüfung der Erzeugnisse nach Masse und Güte gelang es, den Siedler lebensfähig und den Staat zu einem Ausfuhrland für landwirtschaftliche Produkte zu machen⁴⁹).

Auch wirtschaftspolitische Aufgaben muß die Siedlung erfüllen, daß mit die vom Staat aufgewendeten Gelder nicht nutzlos angelegt werden, indem man vielleicht eine der erwähnten Aufgaben der Siedlung bevorzugt. Daraus ergibt sich die Notwendigkeit, daß eine genaue Prüfung des Siedlers selbst und besonders des zu besiedelnden Landes der Aufteilung eines Großbetriebes vorauszugehen hat. Sollten die örtlichen Verhältnisse

— wie Boden, Klima, Verkehrslage — den Großbetrieb einseitig begünstigen, so wäre in diesem Falle das Bestehenlassen der alten Betriebsform wirtschaftspolitisch erforderlich. Vorbildlich geleitete Großbetriebe mit einer in günstigen sozialen Verhältnissen lebenden Arbeiterschaft können u. U. wegen ihres guten Einflusses auf Nachbarbetriebe vom volkswirtschaftlichen Standpunkt aus einer Siedlung vorzuziehen sein. Eine Aufteilung eines Großbetriebes kann wirtschaftspolitisch als gerechtfertigt gelten, wenn eine „Wohlstandssteigerung der landwirtschaftlichen Bevölkerung herbeigeführt wird. Die angesetzten Siedler müssen also nicht nur zahlreicher sein als die Landarbeiter, die früher auf den besiedelten Flächen beschäftigt gewesen waren, sondern auch ein höheres Einkommen erzielen als jene“^{50).}

Die Siedlung übt durch ihre Verdichtung der Bevölkerung eine sehr vorteilhafte Wirkung auf Handel und Gewerbe der kleinen und größeren Landstädte aus. Gerade in den östlichen Gebieten wäre dieser Wandel besonders wünschenswert, denn nach dem Weltkriege sind infolge der Abschöpfung einzelner Landesteile vom Reich und der starken Wanderverluste mehrere bedeutende Industrieunternehmungen und zahlreiche mittlere Betriebe stillgelegt worden. Eine dichtere Besiedlung würde auch eine etwaige Wiedereinstellung von fremdstämmigen Arbeitskräften in der Landwirtschaft erübrigen, und die hierfür aufgewendeten Gelder würden dem Volksvermögen erhalten bleiben. Welten sich doch die von fremdstämmigen landwirtschaftlichen Arbeitern in den Jahren 1919—1925 aus Deutschland ausgeführten Ersparnisse auf 34,8 Mill. RM und die Mehrausgaben für die Erwerbslosenfürsorge infolge ihrer Beschäftigung bezogenen 313,13 Mill. RM^{51).}

Sofern nicht besondere Verhältnisse abweichende Siedlungsmaßnahmen erfordern, liegt die Erfüllung aller geschilderten Siedlungsaufgaben im Sinne der Siedlungspolitik, damit jeder Siedlungsbetrieb als Erzeuger und Verbraucher in den Organismus des Staates eingeschaltet werden und jeder Siedler als Träger deutscher Art und Sitte dem eindringenden slawischen Element Widerstand leisten kann.

B. Voraussetzungen für die Besiedlung leichter Böden in Ostpreußen.

1. Betriebswirtschaftliche Grundlagen.

a) Die Boden- und Klimaverhältnisse.

Als natürliche Produktionsfaktoren nehmen Boden und Klima bei einem für Siedlungszwecke in Frage kommenden Gebiet eine hervorragende Rolle ein.

Als Folge seiner geologischen Entstehung findet man in Ostpreußen die größten zusammenhängenden Gebiete mit leichtem Boden im Südabschlag des baltischen Höhenrückens, dem Meg.-Bez. Allenstein, wodurch dieser Bezirk zu einem Teil der norddeutschen Roggenbauzone wird, in welcher der Roggen als Getreide- und die Kiefer als Forstpfanze vorherrschen. Der leichte Boden allein mit seinen nachteiligen physikalischen, chemischen und biologischen Eigenschaften ist jedoch für Masuren ein weniger wichtiger Produktionsfaktor als das Klima, denn erst durch dieses werden die natürlichen Grundlagen für die Landwirtschaft in Masuren so ungünstig gestaltet, wie im folgenden näher gezeigt wird.

Kurze Vegetationszeit und extreme Witterungsverhältnisse sind in klimatischer Hinsicht die Hauptpunkte, unter welchen die ostpreußische Landwirtschaft leidet. Die kurze Vegetationszeit wird durch die große Zahl der Eis- und Frosttage bestimmt, mit denen besonders Masuren noch bis in das späte Frühjahr hinein zu rechnen hat. So wurden z. B. bei der Station Klaushen bei Lyck als mittlere Zahl der jährlichen Frosttage 128,6, bei Treuburg sogar 144,8 beobachtet, während Köln im Mittel mit 50,3 Frosttagen zu rechnen hat¹²⁾. Masuren besitzt also eine um etwa 80 Tage kürzere Vegetationszeit als der Westen des Reiches. Dieser Nachteil wird noch durch die außerordentliche Unregelmäßigkeit erhöht, mit welcher sich die Monatstemperaturen in den einzelnen Jahren wiederholen. Tab. 2 zeigt deutlich die starken Temperaturregime in den verschiedenen Monaten¹³⁾.

Tabelle 2.
Monats- und Jahresextreme der Station Klaushen.
(Mittel 10jähriger Beobachtungen.)

Monat	Extreme	Differenz	Monat	Extreme	Differenz
Januar . .	Mag. 7,0	34,5	Juli . . .	Mag. 34,6	
	Min. — 27,5			Min. 5,0	29,6
Februar . .	Mag. 12,0		August . .	Mag. 34,0	
	Min. — 28,0	40,0		Min. 2,1	31,9
März . . .	Mag. 18,8		September .	Mag. 29,1	
	Min. — 27,4	46,2		Min. — 4,0	33,1
April . . .	Mag. 26,1		Oktober . .	Mag. 22,7	
	Min. — 10,9	37,0		Min. — 8,1	30,8
Mai . . .	Mag. 31,2		November . .	Mag. 12,9	
	Min. — 2,9	34,1		Min. — 19,9	32,8
Juni . . .	Mag. 33,6		Dezember . .	Mag. 8,2	
	Min. — 2,0	31,6		Min. — 25,2	33,4

Im Jahre: Mag. 34,6, Min. — 28,0, Diff. 62,6

Wegen der ungünstigen physikalischen Eigenschaften des leichten Bodens gewinnt in Masuren besonders die Wasserversorgung durch die Niederschläge an Bedeutung. In ganz Masuren bleiben die jährlichen Regenmengen unter 60 cm. Nach Hellmann fallen durchschnittlich in Lyck 59 cm, in Lözen 56 cm, in Johannisburg 58 cm, Ullensstein 60 cm, Osterode 59 cm und Neidenburg 54 cm Niederschläge im Jahr. Diese für leichten Böden an sich zwar geringen Niederschlagsmengen würden genügen, wenn sie gleichmäßig auf die einzelnen Monate verteilt wären. Leider liegen die Verhältnisse aber für die Wachstums- und Erntezeit recht ungünstig, denn im Mai fallen nur 8,4 %, im Juli dagegen 15,3 % und im August 12,9 % der jährlichen Regenmengen²⁴⁾.

Die ungünstigen klimatischen Verhältnisse auf den Gebieten mit leichten Böden in Ostpreußen wirken sich vornehmlich in einem Mehrbedarf an menschlichen und tierischen Arbeitskräften, sowie auf den Pflanzenbau durch ein erhöhtes Ertragstrisko (vgl. Anhang Tab. A) aus, wodurch eine Siedlerwirtschaft besonders stark getroffen werden muß.

b) Das Kulturrartenverhältnis.

Das Kulturrartenverhältnis wird fast ausschließlich durch natürliche Faktoren — Boden und Klima — bestimmt. Vornehmlich übt die Wasserversorgung einen starken Einfluß auf das Entstehen einer bestimmten Kulturrart aus. Aereboe schreibt: „Die tatsächliche Benutzung des Bodens als Wiese, Acker oder Weide stellt in erster Linie eine aus den Erfahrungen herausgewachsene Einteilung der Bodenflächen nach ihren Wasserverhältnissen und erst in zweiter Linie nach ihren Hauptgemengteilen vor.“²⁵⁾ Für den Wiesenbau spielen die Grundwasserverhältnisse eine ausschlaggebende Rolle, so daß bei genügender Wasserversorgung auch auf leichten Böden ein Wiesenbau möglich wird. Für den Weiden- und Ackerbau bilden hinsichtlich ihrer Feuchtigkeitsversorgung die Niederschläge das wichtigste Moment.

Ein günstiges Verhältnis der Kulturrarten zueinander kann überhaupt für die Kulturrürdigkeit eines Bodens maßgebend sein. Dies trifft vornehmlich für leichte Böden zu, bei denen Ackerland allein ohne einen ausreichenden Wiesenanteil nicht die Futterversorgung eines Betriebes übernehmen kann, wodurch die Humusversorgung des Ackers durch Stallmist ausgeschlossen würde.

Trotz der nachteiligen natürlichen Verhältnisse ist das Kulturrartenverhältnis in Masuren nicht ungünstig. Der recht bedeutende Anteil an Wiesen und Weiden erklärt sich vornehmlich durch die zahlreichen Masurenischen Seen, deren feuchte Ränder jenen Kulturrarten besonders zusagen. Ganz eindeutig läßt sich in Masuren der Einfluß des Binnenlandklimas



auf das Kulturartenverhältnis feststellen, wie auch ein Vergleich mit einem Gebiet mit Küstenklima zeigt (vgl. Tab. 3⁶⁶).

Tabelle 3.

**Einfluß von Küsten- und Binnenlandklima
auf das Kulturartenverhältnis**

	Küstenklima: Landesteil Oldenburg	Binnenlandklima: Maurisches Inland-Seengebiet
Ackerland	36,8	71,7
Weide	36,3	14,8
Wiese	28,8	14,1

(In % der landwirtschaftlichen Nutzfläche.)

Aus Tab. B im Anhang wird ersichtlich, daß die landwirtschaftliche Nutzfläche nur in 2 Kreisen 70 % der Gesamtfläche übersteigt. Die Ursachen hierfür sind in dem Wald- und Seenreichtum Masurens zu suchen. Die weiten Kieserwaldungen besonders im Osten des Gebietes beherrschen das reizvolle Landschaftsbild, kennzeichnen aber gleichzeitig als stark hervortretende Kulturart die Armut des Landes. Wegen des großen Waldreichtums beträgt die landwirtschaftliche Nutzfläche z. B. im Kreis Johannisburg nur 48,6 % (vgl. Tab. 4⁶⁷).

Tabelle 4.

**Kulturartenverhältnis
im Kreis Johannisburg, Okt.**

Ackerland	31,6 %	Wasser	9,3 %
Grünland	17,0 %	Bebauete Flächen . .	4,6 %
Wald	33,8 %	Ödland	3,7 %

c) Grundlagen des Ackerbaus.

a) Der Getreidebau.

Die Eigenschaften des leichten Bodens in Verbindung mit einem ungünstigen Klima bedingen in Masuren mehr als in anderen Gebieten mit ähnlichen Böden eine zwangsläufige Nutzung. So kommt in den Anbauverhältnissen, Fruchtholzen und der Wahl der Kulturpflanzen das Bestreben zum Ausdruck, sich den Eigenarten von Boden und Klima durch bestmöglichen Risikoausgleich anzupassen. Die Anbauverhältnisse der einzelnen Kreise (vgl. Anhang Tab. C) zeigen daher ein Überwiegen der Winterfrüchte, da die häufig auftretenden Spät- und Frühfröste, sowie die meist nicht ausreichenden Niederschläge zu den Hauptwachstumszeiten einen starken Anbau von Sommergetreide unsicher erscheinen lassen. Als

Fruchfolgen findet man auf den ärmeren Böden z. B. die Folge: Hackfrucht — Sommerung — Winterung — Lupinen — Winterung + Serabella, und auf besseren z. B.: Hackfrucht — Winterung — Hackfrucht — Winterung — Sommerung oder Hackfrucht — Sommerung — Klee — Winterung — Winterung — Sommerung.

Bei den Winterfrüchten hat der Roggen weitaus den Vorrang. Allerdings wird in fast allen Siedlerwirtschaften, wenn es irgend möglich ist, etwas Weizen gebaut, dessen Erträge kaum hinter denen der übrigen Provinz zurückbleiben. Für masurische Verhältnisse haben sich nach Versuchen in den bäuerlichen Wirtschaftsberatungsgremien die Sorten „Kuverts ostpr. Bi. Weizen“, „Bensings Trockenkopf“ und „ND Siegfried“ bewährt¹⁸).

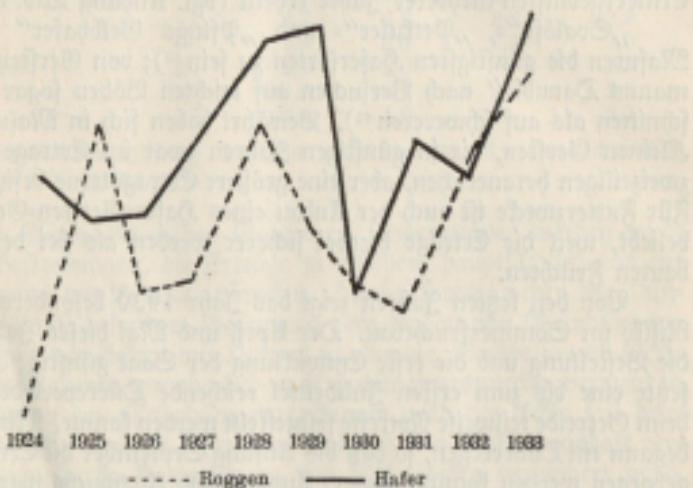


Tabelle 5.

Ertragschwankungen bei Winterroggen und Hafer im Reg.-Beg. Allenstein in den Jahren 1924—1933 (dz/ha).

Jahr	Ri. Roggen	Hafer	Jahr	Ri. Roggen	Hafer
1924	8,5	13,0	1929	12,6	16,2
1925	14,0	12,3	1930	11,5	11,4
1926	11,0	12,5	1931	11,1	14,3
1927	11,3	14,1	1932	14,0	13,7
1928	14,2	15,8	1933	15,6	16,9

Der Roggen kann im masurischen Getreidebau überhaupt im Verhältnis zu anderen Getreidearten als sicherste Frucht angesehen werden. Als eine der günstigsten Sorten hat sich „Jägers norddeutscher Thans-

pagner-Roggen" erwiesen; der „Petkus" besitzt zwar wegen seiner Winterhärte eine starke Verbreitung, versagt aber bei langen Schneelagen¹⁰). Trotz des starken Anbaus, den der Roggen in Masuren gefunden hat, kann man bei ihm nicht von einer unbedingten Ertragsicherheit sprechen. Die Kurve der Tab. 5¹¹) zeigt die starken Schwankungen, denen die Roggenerträge in den letzten 10 Jahren unterworfen waren. Diese Unsicherheit muß sich in Siedlerbetrieben besonders ungünstig auswirken und erschwert jeden Voranschlag außerordentlich.

Ausgesprochen ungünstig liegen in Masuren die Verhältnisse beim Sommerfruchtbau. Hier läßt sich noch seltener wie beim Winterfruchtbau mit einem bestimmten Ertrag rechnen, wie ein Vergleich zwischen den Ernteergebnissen mehrerer Jahre erhebt (vgl. Anhang Tab. A).

„Svalöfs", „Petkus" und „Pflugs Gelbhafer" scheinen für Masuren die günstigsten Haferarten zu sein¹²); von Gersten hat „Ackermanns Danubia" nach Versuchen auf leichten Böden sogar besser abgeschnitten als auf schwereren¹³). Bewährt haben sich in Masuren auch die kleinen Gersten, die in günstigen Jahren zwar im Ertrag nicht an die zweizelligen heranreichen, aber eine größere Ertragstreue besitzen als diese. Für Futterzwecke ist auch der Anbau eines Hafer-Gersten-Gemenges sehr beliebt, weil die Erträge hierbei sicherer werden als bei den rein angebauten Früchten.

Von den letzten Jahren zeigt das Jahr 1930 besonders deutlich das Risiko im Sommerfruchtbau. Der April und Mai dieses Jahres war für die Bestellung und die erste Entwicklung der Saat günstig; doch im Juni setzte eine bis zum ersten Juli drittel reichende Dürreperiode ein, so daß beim Getreide teilsweise Notreife festgestellt werden konnte. Mit der Erntezeit begann ein Dauerregen, so daß bis Anfang September die Ernte noch nicht geborgen werden konnte. Lager, Ausfall und Auswuchs waren die Folge der langen Regenzeit und die Ernteerträge betrugen bei den Sommersfrüchten oft weniger als die Hälfte von den vorjährigen, z. B. im Kreis Neidenburg: Gerste 1929 15,7 dz/ha, dagegen 1930 6,7 dz/ha; Hafer 1929 14,8 dz/ha, dagegen 1930 6,8 dz/ha; Gemenge 1929 16,2 dz/ha, dagegen 1930 7,3 dz/ha; Erbsen 1929 15,1 dz/ha, dagegen 1930 5,6 dz/ha, während die durchschnittlichen Ergebnisse Preußens gegenüber dem Vorjahr nur unerhebliche Schwankungen aufwiesen.

Die Witterungsverhältnisse des Jahres 1930 werden durch die Beigutachtungsziffern für die einzelnen Monate im Saatenstandsbericht für den Reg.-Bez. Allenstein veranschaulicht (Tab. 6¹⁴)). Die Dürrezeit wirkte sich in diesem Jahr auch stark auf das Wachstum der Weiden aus, die Anfang Juli ihren schlechtesten Stand aufwiesen. Durch den einsetzenden Dauerregen wurde der Stand der Weiden besser, besonders erholteten sich aber die Hochfrüchte, die dann im September recht gut standen und

in ihren Erträgen nur in einigen Bezirken hinter den vorjährigen zurückblieben.

Tabelle 6.

Saatenstandbericht für den Reg.-Bez. Allenstein im Jahre 1930.

	Ansang	Mai	Juni	Juli	August	September
Winterweizen	2,5	2,5	2,7			
Sommerweizen	—	2,8	3,2			
Wintertroggen	2,5	2,6	2,9			
Sommertroggen	—	2,9	3,6			
Wintergerste	2,6	2,7	3,3			
Sommergerste	—	2,7	3,5			
Häfer	—	2,7	3,7			
Frühkartoffeln	—	2,7	3,2	3,0		
Spätkartoffeln	—	2,7	3,2	2,8	2,9	
Hutterrüben	—	2,9	3,5	3,1	2,9	
Klee (einschl. Gras)	2,7	2,5	2,9	—	2,8	
Wiesen	2,9	2,9	3,1	3,2	2,9	
Wichweiden	2,8	2,6	4,0	—	2,9	

Num. Begutachtungsziffern: 1 — sehr gut, 2 — gut, 3 — durchschnittlich, 4 — gering, 5 — sehr gering.

Da das Klima als etwas Gegebenes hingenommen werden muß, können sich Bestrebungen, die Erträge zu erhöhen, hauptsächlich nur auf eine Verbesserung des Bodens erstrecken. Hierbei kommt neben der Düngung mit Stallmist besondere Bedeutung dem Anbau von Gründüngung zur Anreicherung des Ackers mit Humus zu. Lupine, Seradella und Gelbklee werden in Masuren vornehmlich zu Gründüngungszwecken verwendet. Durch den Anbau von Gründüngungspflanzen wird der Acker fast dauernd mit einer Pflanzendecke bestanden, wodurch sein Wasserhaushalt verbessert und eine starke Auswaschung von Nährstoffen verhindert wird. Eine sehr gut geratene Gründüngung kann sogar Stalldung ersetzen, wie Schneiderwind nachwies (vgl. Tab. 7¹²).

Tabelle 7.

Wirkung von Gründüngung und Stalldung auf Kartoffeln.

	Kartoffeln dz/ha	Stärke dz/ha
Gelbklee (vorzüglich geraten)	237,7	40,2
Weiße Lupine (vorzüglich geraten)	247,5	39,9
200 dz Stalldünger	193,9	32,6
200 dz Stalldünger + 4 dz Salpeter	237,0	39,6

Die Gründüngung kann bei einem von Natur aus ungünstigen Kulturrartenverhältnis ausgleichend wirken und das Betriebsrisiko vermin-

dern. Für leichte Böden kann sie als das geeignetste Mittel angesehen werden, um die Bodenfruchtbarkeit zu heben und zu erhalten.

Häufig steht auf den oft vielschwachen Betrieben mit leichten Böden nicht genügend Stallmist für den Acker zur Verfügung. Dem Stallmistmangel kann jedoch durch Kunstmist abgeholfen werden, dessen Bereitung in letzter Zeit in Ostpreußen eine gewisse Verbreitung gefunden hat. Die Ausgangsprodukte für den Kunstmist sind Stroh und Laiche, oder Stroh, Kalkstickstoff, Thomasmehl und Wasser⁴⁴.

Wenn hinsichtlich der Ackerpflege und der Sortenwahl auch in vielen masurischen Betrieben noch Möglichkeiten der Ertragssteigerung liegen, so bedeuten die häufigen Witterungszufälle wie Auswintern, Fröste zur Getreideblüte, Dürre oder Regenzeiten für den masurischen Getreidebau ein nicht zu beseitigendes Risiko. Vornehmlich kleinere Betriebe, vor allem kapitalschwache Siedlerwirtschaften, müssen durch derartige unverhütbare Rückschläge besonders hart getroffen werden.

8) Der Hackfruchtbau.

Die eben geschilderten Maßnahmen zur Verbesserung des Ackers durch Anreicherung mit organischen Substanzen wirken sich besonders im Hackfruchtbau aus. Auf masurischen Böden ist die Kartoffel die sicherste, dankbarste und daher auch verbreitetste Hackfrucht. Wegen ihrer vielfachen Verwendungsmöglichkeiten wird sie zu einer unentbehrlichen Frucht für eine Siedlerwirtschaft; daher verdient die Förderung des Kartoffelbaus in Ostpreußen besondere Berücksichtigung. In den letzten Jahren wurden sowohl in der Züchtung geeigneter Sorten, als auch in den Aufbewahrungsverfahren bedeutende Fortschritte erzielt. Schnell bekannt wurden die Züchtungen von der Saatzahtanstalt „Nordost“ der Landesbauernschaft Ostpreußen, die dem Verlangen nach Krebsfesten und ertragreichen Industrie- und Speisekartoffeln Rechnung trug. Ihre „Nordost Stärkereiche I“ liefert besonders in Masuren erstaunliche Erträge; der Stärkegehalt dieser Sorte reicht zwar nicht ganz an den der „Parnassia“ heran (17,7% : 18,6%), im Stärkeertrag übertreift sie letztere aber erheblich (66,8 dz/ha : 58,9 dz/ha). Die „Stärkereiche I“ (aus Alma mal Modell) war im Stärkeertrag die Siegerorte von 1932 und wurde 1933 mit einem Staatspreis ausgezeichnet. Auch als weißfleischige Speisekartoffel findet die Sorte als Ersatz für „Modell“ Verwendung⁴⁵. Aus der Industrie mal Stärkereiche I wurde vornehmlich zu Speisezwecken die „Nordost Goldgelbe“ gezüchtet, die auch Krebsfest ist und zur Zeit den einzigen wirklichen Industrieersatz darstellt⁴⁶.

Die Aufbewahrung der Futterkartoffeln durch Einsäuerung wurde durch Propaganda und durch Reichszuschüsse, die der „Siloting Ost-

preußen" vermittelt, stark gefördert. Es besteht dadurch in den kleineren Wirtschaften nicht mehr die Notwendigkeit, in den futterarmen Sommermonaten den Schweinebestand zu verringern oder mit wenig wirkungsvollen Futtermitteln durchzuhungern. Gerade die Schweinehaltung stellt für eine Siedlerwirtschaft mit armem Boden den Schwerpunkt der Veredlungswirtschaft dar; daher kommt auch dem masurenischen Kartoffelbau als Futtergrundlage eine so starke Bedeutung zu.

Der Kartoffelverkauf spielt in den kleinen Wirtschaften kaum eine Rolle, da meist die ganze Ernte im eigenen Betrieb gebraucht wird. Nur durch den Verkauf von Frühkartoffeln lässt sich in günstigen Jahren in der geldknappen Zeit vor der Ernte eine gewisse Einnahme erzielen. Bei größeren Bauernwirtschaften findet man gelegentlich einen intensiven Kartoffelaatbau, wie Verfasser z. B. im Kreise Neidenburg feststellen konnte. Ein Verkauf von Fabrikkartoffeln wird in den meisten bäuerlichen Wirtschaften nur bei außergewöhnlich guten Ernten möglich sein. Für dersartige Fälle bietet sich bei der Kartoffelverwertungsfabrik in Deutsch-Eylau zum Absatz des vorhandenen Überschusses Gelegenheit, denn diese Fabrik ist bei voller Ausnutzung in der Lage, 1 Million Ztr. ostpreußische Kartoffeln zu Flocken, Stärke und Glukose zu verarbeiten.

Von den übrigen Hackfrüchten hat die Brulle (Kohlrübe) in Masuren als Viehfutter eine starke Verbreitung gefunden, denn ihre Ansprüche an Boden, Pflege und Feuchtigkeit sind bedeutend geringer als bei der Rübe. Die masurenischen Brulenerträge übersteigen die des gesamten Preußen nicht unerheblich; auch bei Rüttierrüben konnten auf den besseren masurenischen Böden recht gute Ernten im Vergleich zu Preußen erzielt werden (vgl. Tab. A).

7) Der Anbau anderer Feldfrüchte.

Von den übrigen für leichte Böden möglichen Feldfrüchten hat in den letzten Jahren in Masuren wieder der Flachs an Bedeutung gewonnen, nachdem sein Absatz geregelt und sein Anbau durch Reichsprämien gefördert wurde. Die alte Flachsfabrik in Gumbinnen ist wieder in Betrieb gesetzt, eine neue in Schippenbeil errichtet worden und sämtliche Genossenschaften sind verpflichtet, Flachsstroh und Leinsamen vom Erzeuger anzunehmen.

Außer auf trockenem Sand kann in Masuren fast überall Flachs gebaut werden. Wegen seiner Kalkempfindlichkeit sagen ihm die meist etwas sauren leichten Böden zu, ebenso gedeiht er gut auf Rodland und umgepflügten Wiesen. Die sorgfältige Pflege, wie der Flachsbau, verbunden mit viel Handarbeit verlangt, machen ihn für einen auf Familienarbeit eingestellten landwirtschaftlichen Betrieb besonders geeignet. Durch die

günstige Lage seiner Saat- und Erntezeit wirkt er arbeitsverteilend und die recht langwierige Verarbeitung des Flachses kann in den Wintersmonaten stattfinden. Gegenwärtig gewährt die Regierung einen Zuschuß von RM. 4.—/dz erzeugten Flachsstrohes und verbürgt einen Mindestpreis von RM. 24.—/dz Leinhaar.

Von den Ölfrüchten wird in einigen Gebieten Westmasurens der Rübsen angebaut. Da ihm aber geringere Höhenlagen als in Masuren mehr zugänglich sind, ist vor allem leicht auszuhöhlen, wird sein stärkerer Anbau in den kleineren Betrieben meist zu risikoreich sein.

Auf den Wert der Leguminosen für den leichten Boden wurde bereits bei der Gründung (vgl. S. 21) hingewiesen. Aber auch für die Futterversorgung, vornehmlich mit wirtschaftseigenem Eiweiß, spielen einige durch Körnergewinnung eine bedeutende Rolle, wie die verschiedenen Lupinenarten. Bisher wurden auf leichten Böden vornehmlich bittere Lupinen angebaut. Ihre geringen Ansprüche an Boden und Feuchtigkeit sowie ihr Futterwert für fast alle Haustiere machen sie zu einer unentbehrlichen Pflanze für ärmere Böden. Ein Nachteil mußte allerdings in dem in ihr enthaltenen Bitterstoff erblickt werden, der vor Verfütterung der Lupine erst entfernt werden mußte. Besonderer Dank gebührt daher dem Manne, dem es gelang, die bitterstofffreie Lupine („Süßlupine“) zu züchten. Die zahlreichen Versuche der letzten Jahre, sowie der immer stärker werdende Anbau haben gezeigt, daß die Süßlupine das zu halten scheint, was man von ihr erwartete. Für Ostpreußen wurden sehr eingehende Versuche mit Süßlupinen vom Tierzuchts-Institut der Universität Königsberg angestellt. Es wurden Schrot, Grünfutter und Gärfutter untersucht und gefunden, daß der Eiweißgehalt und die Verdaulichkeit außerordentlich hoch, sowie die Fresslust der Tiere und ihre Leistungen sehr gut waren. Demnach ergab sich, daß die Süßlupine einen vollwertigen Ersatz für ausländische Kraftfuttermittel darstellt¹⁸⁾ (vgl. auch S. 28).

Nach Angaben des Züchters der Süßlupine, Prof. Baur-Müncheberg, scheint noch die Schaffung einer neuen, eiweißreichen Ölfrucht für leichte Böden zu erwarten zu sein, denn er schreibt¹⁹⁾: „Nach dem augenblicklichen Stand der Arbeiten in Müncheberg ist damit zu rechnen, daß wir eine neue Leguminose, die 5—6 dz Körner je $1/4$ ha auf leichten Böden liefert, auf einen Gehalt von etwa 16—18% Fett und etwa 30—32% Eiweiß bringen können. Die Pflanzen würden dann Soja vollkommen ersetzen können.“

Von weiteren Hülsenfrüchten kommt auf den besseren mazurischen Böden noch den Erbsen eine gewisse Bedeutung zu. Ein Anbau anspruchsvoller Sorten, wie der Victoria-Erbsen, lohnt nicht, dagegen kann man bei einigen frühreifenden und anspruchslosen Sorten, wie „Svalöfs Butter-

erbse" oder „Pflugs Bastersbacher Helderbe" im Gemenge mit Hafer oder Gerste recht befriedigende Erträge erzielen¹⁰).

Die Schilderungen des letzten Abschnitts haben gezeigt, daß besonders die leichten Böden durch die Erfolge auf züchterischem Gebiete vorteilhaft betroffen wurden. Zweifellos sind durch die vermehrten Möglichkeiten, in der eigenen Wirtschaft Einweiz erzeugen zu können, einige Nachteile ausgeglichen, die sie anderen Bodenarten gegenüber aufweisen.

d) Grundlagen der Viehhaltung.

a) Die Zugtierhaltung.

Die einfacheren Bearbeitbarkeit der leichten Böden gegenüber den schweren läßt vermuten, daß bei ihnen der Zugtierbedarf geringer wird als bei letzteren. Diese Annahme trifft auch in einigen klimatisch begünstigten Gebieten zu, denn leichte Böden erlauben einen früheren Beginn der Frühjahrsbestedungsarbeiten und ein längeres Bearbeiten der Felder bis in den Winter hinein; auch kann man bei ihnen trotz starker Niederschläge noch ackern, während bei schweren Böden die Feldarbeiten fast auf die Stunde abgepaßt werden müssen. Auf leichten Böden läßt sich also eine bessere Arbeitsverteilung erreichen, wodurch Arbeitspikten vermieden werden.

Die kurze Vegetationszeit erfordert in Ostpreußen eine schnellere Ersledigung der Bestedungs-, Pfleges- und Erntearbeiten, und es ist daher nicht erstaunlich, daß hier 3,5 Ackerpferde je 100 ha landw. genutzter Fläche mehr gebraucht werden als im Durchschnitt des Deutschen Reiches 11,2 Pferde: 7,7 Pferden)¹¹). Dieser Nachteil wirkte sich für Masuren mit seinem leichten Boden wegen der eben angeführten Gründe nicht in voller Schärfe aus; die Ackerarbeiten können hier früher bzw. länger erfolgen, doch kann die Saatzeit wegen der Frostgefahr erst spät beginnen und drängt sich daher auf einen kurzen Zeitraum zusammen. Verfasser konnte auf masurische Wirtschaften durchschnittlich 2 Pferde je ca. 20 ha landw. Nutzfläche als ausreichende Zugkraft vorfinden. Jedoch trifft man schon auf Siedlungen von ca. 12 ha 2 Pferde an, die zwar bei dieser Betriebsgröße in der arbeitsreichen Zeit gebraucht werden, durch ihre Futteransprüche die Wirtschaften aber untragbar belasten, denn in ostdeutschen Neusiedlungen von 15 ha nehmen die Kosten eines 2-Pferde-Gespanns etwa $\frac{1}{7}$ bis $\frac{1}{6}$ des Ertrages der Gesamtfläche in Anspruch¹²). Diese Tatsache führt zur Prüfung der oft aufgeworfenen Frage der Rinderspannhaltung. Für Siedlungen auf leichten Böden, bei denen Pferdehaltung zu teuer wäre, könnte sie einen erheblichen betriebswirtschaftlichen Vorteil bedeuten. Bei der Zugrinderhaltung ergeben sich jedoch unter masurischen Verhältnissen verschiedene Nachteile. Das Klima mit seiner

Unstetigkeit erfordert von den Zugtieren eine schnelle Erledigung der Arbeit, bei deren Ausführung zu manchen Zeiten Trab gefahren werden muß. Diesem Arbeitstempo könnten aber Rinder durch ihre Schwerfälligkeit nicht gerecht werden. Auch besitzen sehr viele masurische Betriebe eine sehr ungünstige innere Verkehrslage durch Gemengelage der einzelnen Schläge. Hier werden die Anmarschzeiten bis zur Arbeitsstelle wegen der Langsamkeit der Rinder zu groß, so daß sich die Frage der Zugtierhaltung zugunsten schnellerer Arbeitstiere entscheiden muß. Ferner sind in arbeitsarmer Zeit Lohnfahrten mit Rindern wegen der ungünstigen Witterungs- und Wegeverhältnisse nur schwer möglich, wodurch dem Siedler eine wichtige Nebenerwerbsquelle genommen würde.

In vielen östlichen Provinzen besteht auch aus sozialem Empfinden eine Abneigung gegen die Niederspannhalterung, weil ein Bauer ohne Pferd, also ein „Kuhbauer“, nicht für voll angesehen wird. So konnte man die merkwürdige Tatsache beobachten, daß Siedler, die aus dem Südwesten des Reiches Zugrinder mitbrachten, bereits nach wenigen Jahren ein Pferd besaßen, um nicht weniger zu gelten als ihre Nachbarn. Derartigen unwirtschaftlichen Umstellungen könnte vielleicht durch kolonie-weise Ansetzung von Siedlern, die schon in ihrer Heimat mit Zugrindern gearbeitet haben, vorgebeugt werden.

Die eben angeführten Verhältnisse in der Frage der masurischen Niederspannhalterung können als Grund für die geringe Verbreitung von Zugrindern in diesem Gebiet (vgl. Tab. 8¹³) im Vergleich zu den Milchrindern (vgl. Tab. 11) angesehen werden.

Tabelle 8.

Verbreitung der Rühe zur Milchgewinnung
und Arbeit in Masuren.

(Nach dem Stand vom 1. 12. 1930.)

Lyck	94	Städ.	Ortelsburg	165	Städ.
Löben	4	"	Allenstein	199	"
Johanniburg	49	"	Weidenburg	48	"
Sensburg	67	"	Osterode	31	"

Demnach scheint sich das Pferd auch in Zukunft als das hauptsächlichste Zugtier in Masuren behaupten zu wollen. Wenn auch der Bedarf an Pferden meistens durch Nachzucht im eigenen Betriebe gedeckt wird, so gilt diese Tatsache nicht als Zeichen für eine besondere Eignung Masurens als Pferdezuchtgebiet. Mehr als andere Haustiere ist das Pferd ein Produkt der Scholle und gebeihlt daher am besten in den kleinvüchigen Gebieten Nordostpreußens. Da aber die Futtergrundlage für die Viehhaltung in Masuren durch die Ungunst der Verhältnisse (vgl. nächsten

Abschnitt) sehr beschränkt ist, so kann man in Masuren auch nur selten gutes Pferdematerial antreffen. Ein sehr ausschlußreiches Bild über den Zustand der Pferde verschafft man sich durch den Besuch der Wochenmärkte in den masurenischen Landstädten. Trotz ihres dürftigen Aussehens besitzen die Pferde aber zum großen Teil eine erhebliche Ausdauer und werden dadurch für ihre Besitzer fast ebenso wertvoll wie stärkere und gepflegtere Tiere. Man kann annehmen, daß wegen der dürftigen Ernährung und Pflege die Kosten der Pferdehaltung in Masuren doch etwas niedriger liegen, als oben für ostdeutsche Siedlungsbetriebe angegeben wurde. Trotzdem dürfte für eine Siedlerwirtschaft auf leichtem Boden mit etwa 15 ha Land ein 2-Pferde-Gespann erst dann voll rentabel erscheinen, wenn zu arbeitsarmer Zeit mit viel Lohnföhren (wie Straßen- und Waldarbeiten) zu rechnen ist.

β) Die Rindviehhaltung.

Im Abschnitt 1 c wurden die Grundlagen des Ackerbaus auf leichten ostpreußischen Böden geschildert und gezeigt, wie ungünstig die Verhältnisse vornehmlich für Siedlerwirtschaften liegen. Für kleine Betriebe besteht daher die Notwendigkeit, diesem Nachteil zur Verbesserung der Verdienstmöglichkeiten durch Veredlung der Erzeugnisse zu begegnen. Man findet daher, daß die Viehproduktion mit sinkender Bodengüte steigt, wie Tab. 9 veranschaulicht²⁴⁾.

Tabelle 9.

Anteile der Viehproduktion an der Marktproduktion.

Natürliche und wirtschaftliche

Verhältnisse	5—10 ha	10—15 ha	15—20 ha	20—25 ha
gute	60,1%	57,3%	55,5%	53,9%
mittlere	71,7%	68,8%	67,0%	65,0%
geringe	80,9%	77,9%	75,8%	73,1%

Mehr als größere Betriebe sind kleinere und kapitalschwache Siedlerwirtschaften darauf angewiesen, das Viehfutter in der eigenen Wirtschaft zu erzeugen. Feldfutterbau, Wiesen- und Weidenbau spielen daher in einem Siedlerbetrieb eine hervorragende Rolle.

Im Feldfutterbau werden je nach den Bodenverhältnissen Klee, Wicke und Seradella angebaut. Die Kleesichererden Böden liegen im Westen Masurens; bei stark wechselnder Bodenart wird Klee und Seradella in Teilstücken gesät. Auch Thymothe wird in einigen Gegenden gebaut, da sein Heu besonders vom Milchvieh gern genommen wird. Die Erkenntnis des Wertes der Silage verschaffte auch den Betrieben mit leichten Böden die Möglichkeit, wirtschaftseigenes Eiweißfutter zu erzeugen. Außer Klee,

Seradella und den Pflanzen des für leichten Böden sehr wichtigen Zwischenfruchthaus liefert die Süßlupine nicht nur ein gutes Grün-, sondern auch ein ausgezeichnetes Gärfutter. Tab. 10 zeigt die Überlegenheit des Süßlupinengärfutters gegenüber anderer Silage. Auch gegenüber einer Verfütterung von fremden Kraftfuttermitteln zeigte sich Süßlupinengärfutter als durchaus gleichwertig¹⁵⁾.

Tabelle 10.

Erträge an verdaulichem Roheiweiß und Stärkewert bei Süßlupinen, während der Körnerausbildung eingejäuert, im Vergleich mit Klee- und Bohnengärfutter (dz/ha).

	Betd.	Roheiweiß	Stärkewert
Süßlupinengärfutter 1933 . . .	10,76	37,6	
Süßlupinengärfutter 1934 . . .	9,38	30,6	
Kleegärfutter, 1. u. 2. Schnitt . . .	6,32	28,0	
Bohnengärfutter	7,20	45,6	

In stärkerem Maße als von einem ertragreichen Feldfutterbau wird der Umfang der Rindviehhaltung von dem Kulturrartenverhältnis und seinem Anteil an Dauergrünland bestimmt. Wiesen sind in Masuren zwar ausreichend vorhanden (vgl. Anhang Tab. B), doch befinden sie sich zum großen Teil in einem wenig brauchbaren Zustand. Durch Meliorationsarbeiten wurde in den letzten Jahren viel auf dem Gebiet der Wiesenverbesserung geleistet (vgl. Abschn. 3 b). Bei der Entwässerung versumpfter Wiesen bedarf es allerdings gewisser Vorsicht, da den anliegenden Ackern mit leichtem Boden zuweilen zuviel Feuchtigkeit mitentzogen werden kann. Schwierigkeiten macht zudem oft die Vorflutregulierung, da das Gefälle meist nach Polen geht und von dieser uninteressierten Seite kein Entgegenkommen verlangt werden kann.

Dauerweiden sind in ihrem Gedeihen außer von dem Boden sehr von der Menge der Niederschläge abhängig. In den Monaten Mai bis September nimmt man auf leichten, durchlässigen Böden einen Mindestbedarf von 350 mm Regen an¹⁶⁾; jedoch kann in Masuren so gut wie nie mit dieser Menge gerechnet werden. Wenn nach dem ersten Abweiden eine Dürrezeit folgt, kann eine baldige weitere Nutzung sehr in Frage gestellt sein. Auch auf dem Gebiet der Grünlandberatung entwickeln die Landwirtschaftsschulen eine erfolgreiche Tätigkeit, indem sie für geeignete Samengemische bei Neuansäaten und richtige Pflege der Dauerweiden auf leichten Böden Sorge tragen. Gerade die Behandlung der Dauerweiden kann für eine rationelle Viehwirtschaft ausschlaggebend sein. Den Auswirkungen häufiger Dürrezeiten kann durch Schaffung von Schattengräsern begegnet werden; richtige Düngung und Pflege, zweckmäßige Größe der

Weidegärten und schneller Umlauf bleiben gleichbedeutende Faktoren in der Dauergrünlandwirtschaft.

Im Vergleich zu den futterwüchsigen feuchten Lagen Ostpreußens mit besserem Boden ist Masuren stark benachteiligt. Daher kann auch in diesem Gebiet die Rindviehhaltung und -haltung nicht die Rolle spielen wie etwa im Insterburger oder Königsberger Bezirk. Bei kleinen mazurischen Wirtschaften können der eigene Milchbedarf und die Notwendigkeit ausreichender Stallmutterzeugung als Hauptgründe für die Rindviehhaltung gelten.

Oft scheitert die Milchlieferung an den ungünstigen Verkehrsverhältnissen und an dem Fehlen nahe gelegener Molkereien. Hier könnten vielleicht Einrichtungen wie die „fliegenden Nahmstationen“ in Süddeutschland eine Abhilfe schaffen, bei denen die Milch auf dem Hofe eines jeden Bauern von einem Molkereiauto entrahmt wird und er die Magermilch zu Futterzwecken zurückbehält. Wegen der langen und schneereichen Winter in Masuren entsteht allerdings eine Schwierigkeit für den regelmäßigen Verkehr der Molkereiautos.

In der Nähe größerer Landstädte bietet sich Gelegenheit zum Frischmilchverkauf an den Verbraucher. Diese Möglichkeit wird in manchen Gegenden ausgenutzt und spornet die Besitzer zur Ausdehnung ihrer Rindviehhaltung an. So fand Verfasser bei Neidenburg eine größere Bauernwirtschaft, in welcher durch forschrittliche Wirtschaftsweise und dauernde Verbindung mit der Beratungsstelle eine sehr günstige Entwicklung in der Rindviehhaltung zu beobachten war. Vom Jahre 1922/23 bis zum Jahre 1929/30 war in dieser Wirtschaft der Milchertrag je Kuh von 752 l/Jahr auf 3701 l/Jahr und die Fettleistung je Kuh von 25,4 kg/Jahr auf 116 kg/Jahr gestiegen¹⁶⁾). In diesem Betriebe wurde zwar Kraftfutter zugekauft, hauptsächlich aber erstklassig gewonnenes Futter der eigenen Wirtschaft verbraucht.

Derart befriedigende Ergebnisse sind allerdings in den wenigsten mazurischen Betrieben anzutreffen. Unfraglich könnte durch eine allgemeine Einführung der Zucht- und Leistungskontrolle viel zur Hebung der Milcherzeugung geschehen, denn im Gegensatz zu den unkontrollierten Kühen weisen die kontrollierten einen bedeutend höheren Milchertrag auf (vgl. Tab. 11¹⁷⁾).

Zweifellos wurde in den letzten Jahren in Masuren viel für die Hebung der Rindviehhaltung geleistet. In den meisten einer Beratung angeschlossenen Betrieben findet man das Bestreben, das Dauergrünland auf Kosten des Ackers, vornehmlich der Brache, zu vermehren. In leichtverständlicher Weise werden von maßgebenden Stellen Hinweise über zweckmäßige Fütterung sowie Behandlung des Dauergrünlandes gegeben; ferner lässt der Zwang zur Verwendung geföterter Zuchtbullen erhoffen,

Tabelle 11.
Milchproduktionsstatistik von Masuren im Jahre 1931.

Kreis	Unter Leistungskontrolle		Außer Kontrolle	
	Zahl der Kühe	Jahresmilch- ertrag je Küh	Zahl der Kühe	Jahresmilch- ertrag je Küh
	1		1	
Lyck	1 360	3 520	11 873	2 408
Lögen	2 543	3 520	9 655	2 554
Johannisburg	1 101	3 260	12 838	1 776
Sensburg	2 258	3 600	10 665	2 224
Ortelsburg	909	2 800	17 633	1 434
Allenstein-Land	1 446	3 928	15 092	1 735
Neidenburg	471	3 240	10 938	1 854
Osterode	3 448	3 370	16 617	2 612

dass die wenig leistungsfähigen, durch Inzucht mißgestalteten Tiere allmählich aus den Bauernbetrieben verschwinden. Auch sind von fiskalischer Seite, z. B. in Zodgallen und Turoscheln im Kreis Johannisburg Niederungsmauerweiden geschaffen worden, auf denen Vieh von Bauern in futterärmer Zeit gegen geringes Entgelt eingemietet wird¹⁸⁾.

Durch alle diese Maßnahmen können die ungünstigen natürlichen Grundlagen für die mazurische Rindviehhaltung zwar nicht beseitigt, aber stark gemildert werden.

7) Die Schweinehaltung.

Tab. 9 zeigte, in wie hohem Maße bei zunehmenden schlechteren natürlichen und wirtschaftlichen Verhältnissen in den kleinen Betrieben der Anteil der Vieherzeugung bei dem Gesamtverkauf aus der Wirtschaft steigt. Diese Mehreinnahmen aus der Vieh- gegenüber der Ackerproduktion beruht bei kleinen Betrieben mit leichtem Boden vor allem auf einer vermehrten Schweinehaltung. Auch bei den mazurischen Bauernbetrieben liegt der Schwerpunkt der Veredlungswirtschaft auf der Schweinehaltung, denn hinsichtlich ihrer Einnahmen aus diesem Zweig der Nutzviehhaltung übertrafen sie in den letzten Wirtschaftsjahren alle anderen Betriebsgrößen¹⁹⁾.

Tabelle 12.
Stand der mazurischen Schweinehaltung
(1. 12. 1930)²⁰⁾.

	Masuren	Preußen
Auf eine Schweinehaltung entfallen Schweine	5,1—6	6,4
Auf 100 ha Flächenfläche entfallen Schweine	50—75	132
Auf 100 Einwohner entfallen Schweine	61—70	42

Die Kartoffel als bevorzugte Frucht des leichten Bodens liefert bei der Schweinehaltung die Hauptfuttergrundlage. In fast allen bauernlichen Betrieben Masurens findet man eine ausgedehnte Schweinemast, die in kleinen Wirtschaften häufig auf Läuferverkauf beruht. Schweinezucht findet sich besonders in den westmährischen Betrieben, die oft einer Züchtervereinigung angehlossen sind und teilweise erstklassiges Auktionsmaterial liefern. Im Kreis Ottelsburg z. B. konnte Verfasser auch auf Siedlungen eine umfangreiche Schweinezucht antreffen.

In der Schweineaufzucht werden nicht unerhebliche Eiweißmengen benötigt, die aber meistens in der eigenen Wirtschaft gewonnen werden können, wie Milch, Hafer, Lupinen, frischer Klee usw. Nur der Zuverkauf des bei Aufzucht und Mast so wirkamen Fischmehls wird meist lohnend sein. Wie bereits oben erwähnt, kann dem Futtermangel in den Sommersmonaten durch Einsäuern von Kartoffeln abgeholfen werden. Von der Inanspruchnahme des Silobauzuschusses wird in Masuren noch mehr Gebrauch gemacht werden, wenn man sich von dem Futterwert der einsäuerten Kartoffeln und dem betriebswirtschaftlichen Vorteil der Silage allgemein überzeugt hat, bedeutet doch der gleichmäßige Verkauf von Mastschweinen eine laufende Einnahmequelle für den Siedler. Aus diesem Grunde tragen die Schweinepreise zu der Lebensfähigkeit einer Siedlerswirtschaft in starkem Maße bei. Ein niedriger Schweinepreis muß besonders den Siedler und kleinen Schweinhalter treffen; erinnerlich werden lange die Preise der letzten Jahre bleiben, in welchen zu manchen Zeiten mit etwa RM. 26/3tr. für 200—240 Pf. schwere Schweine ab Hof gezahlt wurde. Tab. 13⁸¹) veranschaulicht die ungeheuren Schwankungen, denen der Schweinepreis von 1924 bis zum Jahre 1932 unterlag. Annähernd gleichbleibende Schweinepreise, wie sie in letzter Zeit angestrebt werden, kommen in erster Linie dem Siedler und kleinen Bauern zugute.

Tabelle 13.
Schwankungen des Schweinepreises
von 1924 bis 1932.

Wirtschaftsjahr	Preis für 200—240 Pf. schwere Schweine je 3tr.
1924/25	70,0
1925/26	83,5
1926/27	71,5
1927/28	61,7
1928/29	76,1
1929/30	78,1
1930/31	55,7
1931/32	43,9

(Preise laut Berliner Notierung.)

6) Die übrige Viehhaltung.

Grande Betriebe mit leichten Böden verfügen häufig über ärmere Landstücke, auf denen sich ein Ackerbau sowie eine Anlage von Dauerweiden für Rindvieh nicht mehr lohnen würde. Derartige Ländereien sowie Hölzland, Seeränder usw. können noch bei einer Schafhaltung genutzt werden. Diese hat aber im Deutschen Reich stark an Bedeutung verloren, denn 1870 zählte man etwa 75 Mill. Schafe, 1933 dagegen nur noch 2,25 Mill. Um der Wollknappheit im eigenen Lande zu begegnen, wird in den letzten Jahren die Schafhaltung vom Staate wieder stark gefördert, wie z. B. die Gewährung von Darlehen und Zuschüssen zur Anschaffung von Zuchttieren zeigt.

Als hauptsächlichste Rassen findet man in Ostpreußen die veredelten schwarzköpfigen Fleischschafe und die Merinosfleischschafe. Besonders soll sich eine Kreuzung des zähen Landschafes mit Schwarznasenböcken bewähren und sehr ausdauernde und fruchtbare Nachkommen mit guter Futterverwertung und recht feiner Wolle abgeben¹²⁾. Grande in den masurischen Siedlerbetrieben sind sehr selten Schafe anzutreffen. Verschiedene Gründe mögen hierbei mitsprechen; meistens werden die Stellen so geschaffen, daß sie kaum Flächen mit absolutem Schaffutter besitzen; ferner würde das Hüten der Schafe eine besondere Arbeitskraft erfordern, die an anderer Stelle mehr benötigt wird. Dagegen würde ein Mitweiden der Schafe mit Rindvieh dieses benachteiligen, da Schafe die Grasnarbe sehr scharf verfeißen.

Nach dem Vorbilde Süds- und Mitteldeutschlands, wo sich schon seit langer Zeit Bauernschäfereien bewährt haben, ließen sich vielleicht auch in Masuren noch neue Wege der Schafhaltung finden¹³⁾. Flächen mit absolutem Schaffutter im Gemeindebesitz könnten dann genutzt und den Siedlerbetrieben noch eine Einnahme verschafft werden.

Eine nicht zu unterschätzende Nebeneinnahme lässt sich auch bei einiger Tüchtigkeit der Siedlerfrau durch Geflügelzucht erreichen. In vielen Gegenden wird zwar die Absatzfrage die Geflügelzucht begrenzen; immerhin ist ihre Gesamtausdehnung in Masuren im Vergleich mit dem übrigen Ostpreußen recht beträchtlich (vgl. Tab. 14¹⁴⁾). Eine genossenschaftliche

Tabelle 14.
Der Geflügelbestand in Ostpreußen am 1. 12. 1929.

Regierungsbezirk	Gänse	Enten	Trut- u. Perlhühner	Hühner
Allenstein	234 472	127 653	53 936	960 120
Gumbinnen	135 920	89 567	20 641	1 041 431
Königsberg	126 268	99 172	30 537	1 501 714
Westpreußen	29 051	26 502	6 932	425 085

Verwertung der Erzeugnisse aus der Geflügelhaltung, wie siestellenweise bei Eiern schon stattfindet, könnte sicher auch für diesen Erwerbszweig der Siedlerwirtschaft eine Besserung eintreten lassen.

e) Die Auswirkungen der Verkehrslage.

Die Trennung Ostpreußens vom Reich durch den „Polnischen Korridor“ hat eine außerordentliche wirtschaftliche Schädigung für die Landwirtschaft zur Folge gehabt. Ostpreußen rückte nun in eine marktferne Zone, denn seine früheren Hauptabsatzgebiete Posen und Westpreußen waren jetzt fast ganz gesperrt. Vor dem Kriege betrug der Güterumsatz Ostpreußens mit diesen Gebieten auf dem Bahnwege 815 000 t, im Durchschnitt der Jahre 1926 bis 1928 dagegen nur noch 74 770 t, also nur noch 9%. Besonders scharf zeigt sich die Lähmung des ostpreußischen Handels mit Posen-Westpreußen in dem starken Zurückgehen des Viehabsatzes, denn vor dem Krieg betrug er etwa 191 000 Stück Vieh, in den Nachkriegsjahren jedoch durchschnittlich nur noch 3500 Stück⁸⁵⁾. Ostpreußen wurde nun gezwungen, seinen Überschuss an landwirtschaftlichen Erzeugnissen auf bedeutend weiter gelegenen Märkten abzusetzen, wodurch eine erhebliche, von Ostpreußen zu tragende Belastung der Waren durch Frachten eintrat. Um die Erzeugnisse transportfähig zu erhalten, mußte zu einer weiteren Vereidlung der landwirtschaftlichen Produkte geschritten werden, die sich zweifellos in einem starken Zurückgehen des Getreidebaus auswirken mußte. Dieser Getreiderückgang wird auf eine jährliche Minderernte von rund 4,6 Millionen Zentnern geschätzt, die der deutschen Volkernährung verlorengehen⁸⁶⁾.

Ostpreußens Verkehrslage muß sich naturgemäß auch beim Bezug der für die Landwirtschaft notwendigen Waren durch eine erhebliche Frachtsbelastung bemerkbar machen. Iwar gewährt die Reichsbahn Ausnahmetarife, auch findet bei verschiedenen Produkten eine Frachterstattung durch die „Ostpreußenhilfe“ statt, jedoch bleibt trotzdem immer noch eine erhebliche wirtschaftliche Benachteiligung gegenüber anderen Reichsgebieten bestehen. Im Westen der Provinz werden z. B. beim waggonweisen Bezug von Steinkohle 0,55 RM Fracht je Ztr. bezahlt, während der Preis je Ztr. nur 0,76 RM beträgt. Ähnlich wie beim Bezug liegen die Verhältnisse beim Absatz. Die hohen Frachten, welche der Käufer ostpreußischer Erzeugnisse tragen muß, spiegeln sich in den geringeren Preisen wieder, die der ostpreußische Landwirt für seine Produkte erhält. So ist beim Verkauf von Vieh der Abzug von den Preisen der Berliner Marktnotierung erheblich höher als in den Gebieten nahe der Hauptstadt; ebenso liegen die Getreidepreise in Ostpreußen bedeutend unter denen etwa im Westen des Reiches, wie aus dem Festpreisgesetz für Brotgetreide vom

26. 9. 1933 hervorgeht. Demzufolge wird das Reich für Getreide in 9, für Weizen in 11 Preisgebiete gegliedert. Nach dieser Einteilung liegt Ostpreußen in den Preisgebieten I und II, d. h. es erhält die niedrigsten Verkaufspreise für Brotgetreide. Denn es betragen die Preise für Roggen in Zone I RM 140/t, in Zone IX dagegen RM 158/t; die Festpreise für Weizen belaufen sich in Zone I auf RM 175/t, und in Zone XI dagegen auf RM 193/t¹⁷).

Während die ungünstigen natürlichen Verhältnisse Ostpreußens eine Vermehrung der Produktionskosten verursachen, bringen die nachteiligen wirtschaftlichen Verhältnisse eine Senkung der Verkaufs- und eine Erhöhung der Einkaufspreise mit sich. Es liegt auf der Hand, daß an sich schwache Siedlerwirtschaften mit leichtem Boden besonders unter denartigen Verhältnissen leiden müssen.

2. Geeignete Siedler für leichte Böden.

Die starke Verschuldung der ostpreußischen Siedlungsbetriebe (vgl. Tab. 19) mahnt eindringlich dazu, kein Mittel unversucht zu lassen, um einen gesicherten Bestand der Siedlungen in den Grenzlanden zu ermöglichen. Als ein wichtiger Weg zur Erreichung dieses Ziels muß auch die Heranziehung von Menschen zum Siedeln angesehen werden, die eine gewisse Gewähr für eine erfolgreiche Bewirtschaftung leichter Böden bieten. Es kann als sehr günstige Tatsache bezeichnet werden, daß nach dem Kriege in Ostpreußen und auch in Masuren die meisten Siedlungsbewerber aus der Heimatprovinz selbst stammten (vgl. Tab. 15¹⁸), denn der mit

Tabelle 15.

Herkunft der von der ostpreußischen Landesgesellschaft angesuchten Siedler (in %).

Herkunft	Bis Ende 1932		Von 1928 insgesamt bis 1932
	1928	1932	
aus Ostpreußen	69,1	90,1	
aus dem übrigen Reich	23,1	7,9	
aus dem Ausland	7,8	2,0	

ostpreußischen Verhältnissen vertraute Siedler wird den Kampf um seine Scholle erfolgreicher bestreiten können als ein Bewerber, der bisher unter günstigeren Bedingungen wirtschaftete. Bewerber, die in anderen Teilen des Reiches bereits auf leichten oder sehr ärmlichen Böden (z. B. Mittelgebirge) ansässig waren, lämen sicher auch als Siedler für leichte ostpreußische Böden in Betracht. An sich wäre das hereinströmen kapitalkräftiger westdeutscher Siedler sehr erwünscht, vor allem auch deswegen,

weil sie viele forscherrliche Anregungen für die Wirtschaftsweise mitbringen; doch könnten die ungewöhnlichen Verhältnisse (der leichte Boden, das rauhe Klima, die ungünstige Marktlage, die einfachen Lebensbedingungen) derartige Schwierigkeiten bereiten, daß der Kapitalvorteil bald durch das zu zahlende Lehrgeld aufgehoben würde⁵³). Schon aus Gründen der Gerechtigkeit könnte nicht verlangt werden, daß Westsiedler den besten Boden erhalten, den die Ostpreußen zunächst selbst beanspruchen dürfen; ferner soll auch die bodenständige Bevölkerung gehalten und vor Abwanderung bewahrt werden. In den letzten Jahren wanderten nur wenig westdeutsche Siedler nach Ostpreußen — 1928—1932 machten sie 0,5% der Gesamtsiedler der Provinz aus⁵⁴) — und lassen sich lieber in den norddeutschen Agrargebieten nieder.

Für die Siedlungsbetriebe macht es sich besonders vorteilhaft bemerkbar, wenn der Siedlungsbewerber vom Lande stammt. Dabei ist es zwar günstiger, wenn er schon selbst einmal Betriebsleiter war, doch ist das nicht unbedingt erforderlich, da die Verbundenheit mit der Scholle von Kindheit an das wichtigere Moment bleibt. Die Einwirtschaftung in eine Neusiedlung gestaltet sich bedeutend schwieriger als in eine alte, bereits laufende Wirtschaft ähnlicher Größe. Daher werden an den Siedler und seine Familie, besonders in den ersten Jahren Anforderungen gestellt, die nicht nur einen guten Willen, sondern auch die Fähigkeit zu schwerer landwirtschaftlicher Arbeit voraussetzen. Da hierzu, abgesehen von Ausnahmen, nur Menschen in der Lage sein können, die von Kindheit an landwirtschaftliche Arbeit verrichtet haben, wendet sich die Ostpreußische Landgesellschaft scharf gegen Bestrebungen, arbeitslose Großstädter oder auch ausgediente Heeresangehörige ansiedeln zu wollen und stellt auf Grund ihrer Erfahrungen fest⁵⁵): „Siedler kann nur sein, wer gesund an Leib und Seele sich vor keiner Arbeit und Entbehrung scheut und wenn eine Frau zur Seite steht, die in der Wirtschaft neben der Führung der Haushaltung ihren Anteil an allen Mühen und Sorgen freudig auf sich nimmt und daneben ein häusliches Heim zu gestalten vermag.“

Hinsichtlich der früheren Berufe der Neusiedler liegen für die letzten Jahre sehr günstige Beobachtungen vor, die in gleichem Maße für Masuren wie für die gesamte Provinz zutreffen (vgl. Tab. 16⁵⁶)). Da die meisten Neusiedler aus landwirtschaftlichen Berufen stammen, wird das Beratungswesen erheblich erleichtert. Die Mehrzahl der Bewerber sind mit der Ausführung der in der Landwirtschaft vorkommenden Arbeiten vertraut, so daß sich die Beratung hauptsächlich auf betriebswirtschaftliche Fragen beschränken kann.

In Lettland z. B. wurden vornehmlich Leute aus landwirtschaftlichen Berufen angesiedelt; hier stammten von allen angesehenen Bewerbern 78,8% aus der Landwirtschaft⁵⁷).

Tabelle 16.

Früherer Beruf der von 1930 bis 1932 in Ostpreußen angehörenden Neuiedler (%)	
Landw. Arbeiter	38,4
Selbständige Landwirte . .	24,9
Landwirtsjöhne	9,5
Ländliche Handwerker	12,6
Personen aus sonst der Land- wirtschaft nahestehenden Berufen	18,3
Ausgeschiedene Heeres- und Schuß- polizeiangehörige	1,3

Erfahrung in den besonderen Eigenschaften des leichten Bodens und den örtlichen Verhältnissen überhaupt haben besonders diejenigen Siedler, die schon vorher auf dem aufzuteilenden Betriebe beschäftigt waren. Aus diesem Grunde erscheint es erstrebenswert, möglichst viele der bisherigen Gutsarbeiter auf dem zu siedelnden Betrieb anzusehen. Der Ostpreußischen Landgesellschaft gelang es, in den Jahren 1930 39,3%, 1931 35,3% und 1932 53,1% der bisherigen Gutsbewohner auf der Siedlungsfläche sesshaft zu machen²³⁾.

Für die Ansiedlung auf leichten Böden können auch deutsche Flüchtlinge aus dem Auslande ein geeignetes Siedlermaterial darstellen. Diese Einwanderer sind meistens an einfache Lebensweise und Entbehrungen gewöhnt und zufrieden, wenn sie sich in der alten Heimat niederlassen können. Nur ganz zähe und ausdauernde Naturen, sowohl bei Männern als auch bei Frauen, kommen als Besitzer von Siedlungen auf leichten Böden in Betracht. Nur sie können eine Gewähr dafür bieten, daß sie trotz der karglichen Rente des leichten Bodens nicht physisch zugrunde gehen und — anstatt eines Bauern — ein Proletarier werden.

Bei der Ansiedlung von Siedlern, die nicht aus Ostpreußen und auch nicht aus landwirtschaftlichen Berufen stammen, scheint daher eine sorgfältige Auslese im Interesse der Kolonisationspolitik sehr erstrebenswert. Im Kreis Flatow z. B. — mit vorwiegend leichtem Boden — mußte ein Versuch, 40 erwerbslose Berliner Familien anzusiedeln, scheitern²⁴⁾. In den von allen Seiten von Feinden umgebenen Ostpreußen dürften ähnliche Versuche unangebracht sein. Gegen Vorschläge zur Massenumsiedlung westdeutscher Erwerbsloser nach dem Osten wendet sich Stolt mit den Worten²⁵⁾: „Gegenüber solchen Plänen, in den nächsten Jahren Hunderttausende beschäftigungs- und mittellosen westdeutschen Industriesarbeiter nach dem Osten umzusiedeln, muß mit allem Nachdruck darauf hingewiesen werden, daß die bisherigen Versuche, mittellose Industriesarbeiter landwirtschaftlich anzusiedeln, u. E. zu weiterer Ausgestaltung keineswegs ermuntern, sondern zu größter Zurückhaltung mahnen; ... es muß ferner darauf hingewiesen werden, daß im Osten selbst Hunderttausende nachgeborener Bauernjöhne und beschäftigungslos gewordener

Landarbeiter seit Jahren vergrämmt und verbittert führen, die fraglos ein erstes Unrecht auf Ansehung und Existenzgründung auf dem Lande haben, das sie und ihre Väter bebaut haben und dessen Klima und Ertragsfähigkeit sie aufs genaueste kennen.“

3. Hilfmaßnahmen für die Ansiedler.

a) Maßnahmen der Selbsthilfe.

Eine Selbsthilfe der Bauern durch ihren Zusammenschluß bedeutet nichts Neues in der Agrargeschichte und gewinnt in Gegenden an Wichtigkeit, wo die Grundlagen der Landwirtschaft besonders ungünstig sind wie in Ostpreußen. Erst zu Ende des vorigen Jahrhunderts, also längere Zeit nach der Begründung des Genossenschaftswesens durch Raiffeisen, entstanden in Ostpreußen die ersten Genossenschaften, deren Zahl heute etwa 900 erreicht hat (vgl. Tab. 17 ²⁶). Den breitesten Raum nehmen

Tabelle 17.

Die Genossenschaften des Ostpreußischen Genossenschaftsverbandes. (Aus dem Jahresbericht 1934 des Genossenschaftsverbandes.)

Zentralgenossenschaften	9
Spar- und Darlehensklassenvereine	344
An- und Verkaufsgenossenschaften	59
Molkereigenossenschaften	97
Milchverwertungsgenossenschaften	99
Wiehverwertungsgenossenschaften	34
Elektrizitätsgenossenschaften	142
Tiergenossenschaften	25
Verkaufsgenossenschaften	31
Brennereigenossenschaften	10
Sonstige Genossenschaften	38
Zusammen	888

die Spar- und Darlehensklassenvereine ein, dann folgen diejenigen Genossenschaften, welche sich mit der Verwertung von landwirtschaftlichen Erzeugnissen, wie Wieh, Milch, Getreide, Tier usw. befassen. Neben diesen, dem Ostpreußischen Genossenschaftsverband angehörigen, bestehen noch eine große Zahl kleinerer Genossenschaften und Vereine, die sich aber meistens nur auf einen Ort oder Bezirk beschränken. Es sind dies die Hengst-, Bullen-, Ebers- und Bockhaltungsgenossenschaften, Maschinenhaltungsgenossenschaften, Saatgutreinigungsgenossenschaften, Siedlerversammlungen u. a. m. Gerade der Wert der kleinen Genossenschaften ist recht bedeutend, denn sie ermöglichen dem Siedler eine Nutzung von Wieh und

Gegenständen, deren Beschaffung ihm aus eigenen Mitteln nicht möglich wäre. Die gemeinsame Anschaffung und Haltung von Zuchttieren wirkt sich ohne Zweifel sehr günstig auf die Viehzucht aus, und die gemeinsame Benutzung von landwirtschaftlichen Maschinen bedeutet für den Siedler Zeit- und Arbeitersparnis und bewahrt ihn vor dem Ankauf von Maschinen, deren Amortisation seine Wirtschaft erheblich belasten würde.

Eine Grundbedingung für die Erhaltung einer Genossenschaft innerhalb einer Gemeinde ist vornehmlich in einem verständnisvollen Zusammenarbeiten der Mitglieder zu erblicken. Dieses wird erleichtert, wenn die Siedler aus derselben Gegend stammen oder durch besondere Schicksale miteinander verbunden sind. So konnte Verfasser im Kreis Mohrungen eine aus russischen Rückwanderern bestehende Siedlergemeinde treffen, in welcher nach den Angaben eines Siedlers gerade bei der gemeinschaftlichen Maschinenhaltung eine reibungslose Zusammenarbeit stattfindet.

b) Maßnahmen von öffentlicher Hand.

Die ungünstigen wirtschaftlichen Verhältnisse für die ostpreußische Landwirtschaft machten es notwendig, daß von öffentlicher Hand mit dem Ziele eingegriffen wurde, die Lebensmöglichkeiten in der Landwirtschaft zu verbessern und eine Gesundung der Betriebe herbeizuführen.

Von der Voraussetzung ausgehend, daß „Wissen und Können“ eines Landwirts ausschlaggebend für das Fortkommen in seinem Beruf sind, wurde der Schaffung von landwirtschaftlichen Bildungsräumen besondere Aufmerksamkeit zugewandt. So findet man in allen masurischen Kreisstädten Landwirtschaftsschulen, denen zum Teil auch Mädchenklassen angeschlossen sind. Während auf diesen Schulen mehr theoretisches Wissen vermittelt wird, legt man neuerdings besonders bei Siedlern auch auf die Beherrschung der in der Praxis vorkommenden Arbeiten Wert. In beachtenswerte Bahnen scheint in dieser Hinsicht die Siedlungs-politik Pommerns gelenkt zu werden, denn in dieser Provinz sollen die zur Siedlung in Frage kommenden Bewerber in Siedlungslagern zusammengefaßt und vor ihrer Ansetzung auf die Eignung für ihren neuen Beruf geprüft, sowie für diesen ausgebildet werden¹⁷⁾.

Erst wenn ein Neusiedler die für seinen Betrieb notwendigen landwirtschaftlichen Arbeiten beherrscht, kann mit sicherer Aussicht auf Erfolg die Siedlerberatung beginnen, deren Tätigkeit sich hauptsächlich auf betriebswirtschaftliche Fragen erstreckt. Diese Wirtschaftsberatung wurde einer jeden Landwirtschaftsschule angegliedert und entfaltet seit ihrem Bestehen eine segensreiche Tätigkeit. Im Kreis Ortelsburg z. B. konnte Verfasser die Auswirkungen der Wirtschaftsberatung deutlich beobachten. Die Siedler der einzelnen Gemeinden waren hier zu Siedlerberatungsringen

zusammengeschlossen, die von einem Beamten der Landwirtschaftsschule betreut wurden und in ihrem Wesen einer Genossenschaft glichen. Es wird versucht, die Siedlungen auf ihre bestmögliche betriebswirtschaftliche Form zu bringen; daraus geht bereits hervor, daß sich die Beratung nicht einseitig auf Fragen des Ackerbaus oder der Viehzucht erstreckt, sondern den Betrieb als Ganzes erfaßt. Große Bedeutung wird dem gemeinsamen Bezug und Absatz beigegeben; aus diesem Grunde wird darauf gedrungen, daß möglichst überall dieselben Getreidesorten angebaut werden, wodurch beim Absatz bessere Preise erzielt werden, beim Saatbezug dagegen eine Verbilligung eintritt. Ähnlich wird bei der Vieh- und Milchverwertung vorgegangen. Einen breiten Raum nehmen in den Siedlerberatungstritten auch die Düngers-, Sortens- und Fütterungsversuche, Bodenuntersuchungen und ähnliche Fragen ein. Ferner lernen die Siedler durch Feldbegehungen andere Betriebe kennen und werden zu Verbesserungen in der eigenen Wirtschaft angeregt.

Während sich die eben geschilderten Maßnahmen von öffentlicher Hand vornehmlich mit dem Menschen selbst abgeben, befassen sich eine große Anzahl — für den Außenstehenden unzweifelhaft mehr in die Augen fallend — mit dem Land und seiner Verbesserung. Besonders hinsichtlich der für Ostpreußen so wichtigen Grünlandsmeliorationen ist von staatlicher und kommunaler Seite außerordentliches geleistet worden. Die Landeskulturarbeiten werden meistens genossenschaftlich durchgeführt; es bestanden am 31. Dez. 1929 1840 Meliorationsgenossenschaften mit einer Gesamtfläche von 679 696 ha²⁶). Erhebliche Mittel wurden zur Finanzierung der Genossenschaften als Beihilfen oder als Darlehen zur Verfügung gestellt und mit den Rotsandarbeitern recht billige Arbeitskräfte entsandt. Hervorgehoben zu werden verdient auch die Tätigkeit des freiwilligen Arbeitsdienstes, dem erhebliche Meliorationsarbeiten zu verdanken sind. Nach der Entwässerung der versumpften oder unbrauchbaren Flächen setzte von staatlicher Seite, besonders auch vom „Mooram der Landwirtschaftskammer“, die entsprechende Beratung für Umlaub, Ansaat und Pflege der neu gewonnenen Ländereien ein. Für Beispieldächer in Siedlerbetrieben wurde sogar vom „Verein zur Förderung der Moor-Kultur“ kostenfrei Saatgut und Kunstdung zur Verfügung gestellt. Auf den unzureichenden Zustand des Dauergrünlands in Masuren wurde bereits oben hingewiesen; die umfangreichen Maßnahmen, die von staatlicher Seite zur Verbesserung des Dauergrünlands getroffen werden, verdienen daher besondere Anerkennung. Zahlreiche Siedlerwirtschaften können dadurch allmählich in den Besitz des für ihre Viehhaltung so notwendigen Sommer- und Winterfutters in ausreichendem Maße gelangen.

Von anderen öffentlichen Hilfemaßnahmen seien noch die Unterstützungen beim Ankauf von Zuchttieren durch Gewährung zinsfreier Dar-

leben, die Beihilfen zum Silobau, zum Aufforsten von Ödland, Prämien für Flachsbau u. a. m. erwähnt. Danach muß zugestanden werden, daß von staatlicher Seite alles getan wird, um den einmal angesetzten Siedlern in jeder Weise helfend zur Seite zu stehen.

4. Zur Frage der geeigneten Betriebsgröße auf leichten ostpreußischen Böden.

Nach dem Reichsiedlungsgesetz von 1919 wird eine „Ackernahrung“ als Maß einer Betriebsgröße für eine neu zu schaffende Siedlungsstelle angesehen. Da eine Ackernahrung durch ähnliche Faktoren wie die Kultivierbarkeit eines Bodens bestimmt wird, muß sie begrifflich ebenso relativ aufgefaßt werden wie diese.

Den Begriff der Ackernahrung finden wir schon in früheren Zeiten. So wurde zur Zeit des Deutschen Ordens ein Stück Land, das eine Familie ernähren und von einer Familie bewirtschaftet werden konnte, als eine Hufe bezeichnet; aus dieser Vorstellung heraus entwickelte sich der Ausdruck für eine bestimmte Fläche, so daß man beispielsweise unter einer flämischen Hufe eine Fläche von 16,81 ha verstand¹¹). Diese Größe entspricht etwa dem Durchschnitt der heute ausgelegten Siedlungsbetriebe. Die von dem Deutschen Orden in Ostpreußen geschaffenen Bauerngüter besaßen dagegen meistens eine Größe von 2 Hufen (etwa 34 ha)¹²), und je weiter sich der Orden nach Osten ausdehnte, desto größer werden die Stellen, wahrscheinlich auf Grund der immer schlechter werdenden Produktionsbedingungen. In Masuren findet man daher Bauerngehöfte von 4 bis 10 Hufen Größe; besonders die 10-Hufen-Siedlung wurde im 15. Jahrhundert vom Orden sehr häufig in Masuren verliehen (vgl. oben S. 5). Deswegen kann hier aber der 170-ha-Betrieb nicht als die auch für die heutige Zeit günstigste Betriebsgröße angesehen werden, denn die Wirtschaftsweise zur damaligen Zeit unterschied sich erheblich von der heutigen. Auch war eine große Fläche des Besitzes mit Wald bestanden, der den Bewohnern fast alles zu ihrem Lebensunterhalt nötige lieferte. Eine plannmäßige Schaffung von Bauerngütern war dem Orden nicht möglich, da er seinen Söldnerführern bedeutende Landabtretungen machen mußte, wodurch eine erhebliche Zahl Großbetriebe geschaffen wurde. Im Laufe der Jahrhunderte wirkten die verschiebenartigsten Einflüsse auf die Besitzverhältnisse ein, bis sich schließlich die gegenwärtige Betriebsgrößenverteilung herausbildete, die in Tab. 18 zur Darstellung gebracht wird¹³).

In 5 Kreisen herrschen Betriebe zwischen 20 und 100 ha vor, im Kreis Ortelsburg und Allenstein solche zwischen 5—20 ha, und im Kreis Osterode überwiegen mit 44,0% die Betriebe über 200 ha bei weitem. Zweifellos sind die besseren betriebswirtschaftlichen Verhältnisse in diesem

Tabelle 18.

Die Betriebsgrößenverteilung Masurens in ha (%) (1925).

Kreis	unter 5	5—20	20—100	100—200	über 200
Lyck	8,2	28,2	44,3	8,6	10,7
Łęgen	6,6	22,6	43,3	11,2	16,3
Johannistburg	10,1	33,5	35,4	5,1	15,9
Sensburg	9,0	26,8	29,6	15,0	19,6
Ottelsburg	10,3	43,9	27,3	4,4	14,1
Weidenburg	6,0	31,1	35,3	3,9	23,7
Ullenstein	9,1	35,1	34,8	6,0	15,0
Osterode	7,1	24,6	19,5	4,8	44,0

Kreise als Grund dafür anzusehen, daß das Angebot des Großgrundbesitzes an Siedlungsfläche hier verhältnismäßig geringer war als in anderen Gebieten mit weniger wertvollem Boden. In allen Bezirken treten die mittelbäuerlichen Betriebe bedeutend hervor, was nicht zuletzt der starken Siedlungstätigkeit vor dem Kriege zugeschrieben werden kann.

Wie sich aus den Ausführungen über die Grundlagen der masurischen Landwirtschaft ergibt, läßt die Ungunst des Bodens und Klimas keinen intensiven Ackerbau oder eine eben solche Viehzucht zu; ferner bringt die Verkehrslage einen erheblichen Nachteil für den Bezug und Absatz landwirtschaftlicher Erzeugnisse mit sich. Diese Verhältnisse bestimmen auch in Masuren die aufzuwendende Betriebsintensität und damit die Zweckmäßigkeit einer den örtlichen Bedingungen angepaßten Betriebsgröße, die in Masuren für den großbäuerlichen und Großbetrieb zu sprechen scheint. Denn „in der gegenwärtigen Situation ist eine Überlegenheit des Großbetriebes besonders auf dem Gebiet der intensiveren Ackerproduktion (Kartoffel- und vor allem Getreidebau, besonders auf sehr leichten Böden) ... festzustellen“¹⁰²). Ein hoher Arbeitsaufwand, der eine Stärke des Kleinbetriebs bedeutet, kann in Masuren nicht voll zur Geltung kommen. So sagt auch Barocka mit Bezug auf die leichten Böden Ostpreußens: „Nur bei Bewirtschaftung größerer Flächen war der Ackerbau auf diesen Böden noch einigermaßen lohnend. Die Armut und Höhenlage des Bodens, ungünstige Niederschlagsverhältnisse, die Rauheit des Klimas, insbesondere kurze Wachstumszeit, lange Frostzeit u. a. m. machen größere Aufwendungen an Arbeit und an Kapital bei der Bewirtschaftung des Bodens unwirtschaftlich.“¹⁰²⁾

Großbetriebe haben häufig die Möglichkeit, sich durch Brennerei, Forst, Jagd, Fischerei usw. Nebeneinnahmen zu verschaffen. Für Inhaber kleinerer Betriebe kommt als Nebenerwerb wegen des Fehlens bedeutender Städte und jeglicher Industrie meistens nur Arbeit in den großen Forstern in Frage. Daß die masurischen kleinen Betriebe in Zeiten geringer land-

wirtschaftlicher Konjunktur eine außerordentliche Krisenfestigkeit gezeigt haben, kann nicht die Schaffung kleiner Siedlerstellen begründen, denn die Krisenfestigkeit masureischer Kleinbetriebe ist hauptsächlich auf die außerordentliche Genügsamkeit und Anspruchslosigkeit ihrer Besitzer zurückzuführen. Es scheint fraglich, wieweit sich Siedler, besonders wenn sie aus Gegenden außerhalb der Provinz kommen, in diese Verhältnisse würden fügen können. Zwar müssen die Auswanderer nach Übersee auch oft unter dem entsagungsvollsten Leben ihr Auskommen suchen, doch scheint es dort natürlicher als im eigenen Vaterland, wie westdeutsche Kritik ostdeutscher Siedlungsverhältnisse zeigt¹⁰³). Die unzureichende Vorstellung von der Leistungsfähigkeit ostpreußischer Betriebe im Vergleich zu westdeutschen gleicher Größe mag in Ostpreußen mehr erwarten und verlangen lassen, als es in Wirklichkeit zutrifft. Sering schreibt¹⁰⁴): „Je weiter ein Großbetrieb vom Markt entfernt ist, desto mehr nähert sich seine wirtschaftliche Versaffung dem Großbauernbetriebe in günstiger Verkehrslage. In vielen Gegenden Pommerns und Ostpreußens sind, an diesem Merkmal gemessen, so viel Hektar nötig, wie in vielen Gegenden Westdeutschlands Morgen. Und mancher Kleinbauer lebt im Westen auf 4 bis 5 ha besser als ein Bauer in Masuren oder Hinterpommern auf 20 bis 30 ha.“

Gewiß ist ein Bestehen kleiner masureischer Betriebe möglich, und daher könnte man hier der bevölkerungspolitischen Aufgabe der Siedlung gerecht werden. Die außerordentlich einfache Lebensweise der Bewohner und die Aufwendung großer Arbeitsleistung ohne bedeutende wirtschaftliche Erfolge führen nicht zur Erfüllung des sozial- und wirtschaftspolitischen Ziels der Siedlung; nationalpolitisch gesehen könnte sich aber in Masuren ein Vorgang wiederholen, wie er noch von der preußischen Siedlungstätigkeit in Posen und Westpreußen her deutlich in Erinnerung ist. Durch die Schaffung zu kleiner Siedlerstellen wurde hier nämlich erreicht, daß die Ausdehnung der Polen stärker wurde als die der Deutschen (vgl. oben S. 8). Die sozialen Auswirkungen in Gegenden mit ärmlichen Böden, verbunden mit geringem Landbesitz, zeigen die Verhältnisse in dem polnischen Gebiet um Wilna und an der polnischen Ostgrenze, wo nach Pressemeldungen Hungersnot und Krankheitsepidemien als Folge der wachsenden Verarmung auftraten¹⁰⁵).

Die zweckmäßige Größe einer Familieniedlung, die im Durchschnitt einen Umfang von 15 ha aufweist, läßt sich schwierig angeben, doch wird sie, masurenischen Verhältnissen entsprechend, über dieser Größe liegen müssen, etwa bei 25 bis 30 ha. Die geringste Verschuldung, die Betriebe dieser Größenklasse allen anderen, einschließlich Siedlerbetrieben, gegenüber aufweisen, spricht mit für die Zweckmäßigkeit ihrer Schaffung¹⁰⁶). Schmidt schreibt dazu¹⁰⁷): „In Masuren, wo leichter Boden mit durch-

lässigem Untergrunde und ein rauhes Klima die Erträge auf ganz bescheidener Grenze halten, sind 100—150 vha nicht zu hoch bemessen, wenn man eine Siedlerbevölkerung heranziehen will, die aus national zuverlässigen, bodenständigen und zufriedenen Bauern bestehen soll.“ Die Schaffung nebengewerblicher Siedlungen — vor allem auch von Landarbeiterstellen — kann in Masuren nur dort gerechtfertigt erscheinen, wo auch wirklich mit bauernden Nebenerwerbsmöglichkeiten gerechnet werden kann. Gärtnerstellen z. B., wie sie schon der Deutsche Orden sehr zahlreich mit etwa 3 Morgen Land errichtete¹⁰⁵), kämen hauptsächlich in der Nähe von Städten in Frage.

IV. Über die Eignung leichter Böden für Siedlungs Zwecke.

Das Deutsche Reich befindet sich in der eigenartigen Lage, daß mit einigen Unterbrechungen seine gesamte Ostgrenze von Schlesien an über Brandenburg, die Grenzmark, Pommern bis Ostpreußen vorwiegend von Gebieten mit leichten Böden eingenommen wird. Aus diesem Grunde erhält die Frage der Besiedlungsmöglichkeit leichter Böden besondere Bedeutung, denn es wurde schon mehrfach darauf hingewiesen, wie erstellenswert eine Bevölkerungsverdichtung und Sesshaftmachung in den Grenzprovinzen erscheint.

Nach den Untersuchungen der Arbeit über die betriebswirtschaftlichen Grundlagen für Siedlungsbetriebe mit leichten Böden in Ostpreußen soll daher nun geprüft werden, wie weit sich heute in Masuren die Aufgaben und Ziele der Siedlung verwirklichen lassen.

Besonders vom sozialen Standpunkt aus muß gefordert werden, daß ein Siedlungsbetrieb in einem Grenzgebiet unbedingt lebensfähig ist, so daß seine Besitzer nicht außergewöhnlichen Entzagungen hinsichtlich ihres Lebensunterhaltes und Auskommens unterworfen sind. Denn tüchtige Menschen können in einem wirtschaftlich schwierigen Gebiet nur zur Ansiedlung gewonnen und „ansässig“ gemacht werden, wenn sie Aussicht auf eine sicheres Vornärrtkommen haben. Da die Siedlungen meistens aus aufgeteilten Großbetrieben geschaffen werden, müßte sich die soziale Lage der Siedler auch gegenüber den bisherigen Arbeitern des Großbetriebes bessern. Gerade in Ostpreußen findet in der Landwirtschaft eine starke Naturalentlohnung statt, die dem Arbeiter eine recht beträchtliche Viehhaltung gestattet und ihm die Sorge um das tägliche Brot nimmt. Wenn man sich die starke Verschuldung der ostpreußischen Siedlerbetriebe vergegenwärtigt, wird man zugeben müssen, daß diese Sorge wohl bei

den meisten Siedlern zu Hause sein wird. Wenn ein Siedler aber zur Bezahlung seiner Zinsen Lebensmittel des täglichen Bedarfes, wie Butter, Eier usw., verkaufen und seinen eigenen Nahrungsbedarf heruntersetzen muß, dann befindet er sich nicht auf dem Wege zum Bauern, sondern zum Proletarier. Die starke Verschuldung der Siedlerbetriebe gegenüber anderen Gruppenklassen zeigt Tab. 19. „Ihnen ist ohne die Voraussetzung ausreichender Betriebsüberschüsse eine Schuldenlast zugemutet worden, die das Dreifache der schon untragbaren Schulden der altbäuerlichen Betriebe mit weniger als 50 ha ausmachte.“¹⁰⁹ Über die Zusammensetzung der Verschuldung und die Zinsleistungsfähigkeit eines einzelnen masurischen Siedlerbetriebes gibt Tab. D (Anhang) Aufschluß; in dieser Wirtschaft betrug die Verschuldung sogar RM 1968/ha landw. gen. Fläche.

Tabelle 19.

Die Verschuldung östpreußischer Betriebe
am 1. Juli 1932.

Betriebgröße	Verschuldung	
	je ha landw. gen. Fläche	je ha Gesamtfläche
je ha	je ha	
Mehr als 200 ha	662	575
100 bis 200 ha	708	655
50 bis 100 ha	694	638
Altbäuerliche Betriebe		
mit weniger als 50 ha . . .	631	574
Siedlerbetriebe	1785	1670

Von sozialen Gesichtspunkten aus könnte auch die Ansiedlung von Arbeitern in Masuren auf sog. Einspännerstellen eher einen Abstieg als einen Aufstieg bedeuten, wenn der Arbeiter vorher in gesicherter wirtschaftlicher Lage angestellte war. Bei der Ansetzung von Siedlern auf nicht lebensfähigen Stellen könnte sich in Masuren ein Vorgang wiederholen, der sich in der Geschichte Ostpreußens im 17. Jahrhundert schon einmal abgespielt hat. Die auf den herrschaftlichen Gütern beschäftigten Jästen versuchten nämlich häufig „Schartwerksbauern“ zu werden, indem sie sich von dem Gutsbärt mit einem spannfähigen Hof ausstatten ließen. Doch nur bei wenigen hatte der Aufstieg Bestand, die meisten kehrten wieder in ihre alte Stellung als Jäste zurück. Hieran waren nicht allein die wirtschaftlichen Verhältnisse schuld, sondern auch die ungeheuren Arbeitsverpflichtungen, die die Bauern — im Gegensatz zu den heutigen Renten — zu leisten hatten¹¹⁰. Es scheint daher besonders für die Wirtschaften mit leichten Böden die Forderung berechtigt, daß die Lebensfähig-

keit des Siedlers vor seiner Ansetzung genau geprüft und vor allem die Rentenleistung mit der Ertragsfähigkeit der Siedlerstelle in Einklang gebracht wird, damit der Siedler nicht durch das dauernde Anwachsen seiner Schuldenlast und die Unmöglichkeit ihrer Abdeckung die Freude an seinem Beruf verliert.

Bevölkerungspolitisch wird dem Großbetrieb vorgeworfen, daß er das Land entvölkere und ihm hauptsächlich die „Landflucht“ zuzuschreiben sei. Für Ostpreußen ergibt sich jedoch gerade das umgekehrte Verhältnis, daß nämlich die bäuerlichen Bezirke von der Abwanderung heute schärfer betroffen werden als die Großgrundbesitzkreise, wie Golding nachwies¹¹¹). Auch Quante stellte auf Grund eingehender statistischer Untersuchungen fest, daß weniger als die Hälfte der Abwanderung aus der Landarbeiter- schicht stammt¹¹²). Nach ihm finden wir in Ostpreußen den Höchstbesitz an Menschen in der Größenklasse 500—1000 ha. Zweifellos ist in den natürlichen Grundlagen für die Landwirtschaft Masurens der Hauptgrund für diese Tatsache zu suchen, da ein Boden nur eine bestimmte Zahl von Menschen ernähren kann.

Die Bodenverhältnisse Masurens gestatten in vielen Bezirken nicht einmal die Schaffung größerer Betriebe. Nach den Untersuchungen des „Deutschen Forschungsinstitutes für Agrar- und Siedlungswesen, Abt. Königsberg“ gibt es im östlichen und nordöstlichen Teil des Kreises Neidenburg, in der Südhälfte des Kreises Ortelsburg, im südlichen Kreis- teil von Sensburg und Johannisburg Gebiete mit Sandböden von einem Gesamtumfang von 11 000 ha, die als nicht mehr kultivierbar angesehen werden können¹¹³). Schon häufig wurde die Aufforstung dieser Gebiete empfohlen; doch zunächst erfordert eine Aufforstung derartiger Flächen erhebliche Mittel, und außerdem würde sich in diesen Bezirken ein Kulturturzschritt vollziehen, indem lange in Bearbeitung befindliches Ackerland seinem ursprünglichen Naturzustand verfallen würde.

Das Abwandern aus den Kreisen der Landarbeiter war nach dem Kriege vornehmlich in den sehr unterschiedlichen Lohnsätzen zwischen Stadt und Land begründet. Wenn bei den Deputatarbeitern der Unterschied auch etwas verdeckt wurde, so trat er besonders kraß bei den Freiarbeitern hervor. Möcke führt dafür folgendes sehr treffende Beispiel an¹¹⁴): „Nach einer Statistik des Kreises Uckermünde erhielt dort 1932: die Kriegerwitwe mit 4 Kindern 35—45 RM Wochenunterstützung, der 50%ige Kriegsbeschädigte mit 4 Kindern 30,30 RM Wochenunter- stützung, der vollarbeitende ländliche Freiarbeiter mit 4 Kindern 17 RM Wochenlohn.“ Ohne Zweifel steht diese geringe Entlohnung des Land- arbeiters in engstem Zusammenhang mit der Stellung der Landwirt- schaft in der Wirtschaftspolitik des Staates. Ungzureichende Preise für land- wirtschaftliche Erzeugnisse müssen sich daher in ebensolchen Arbeitslöhnen

auswirken, während gute und annähernd gleichbleibende Preise eine bessere Entlohnung des Landarbeiters ermöglichen.

Die Devisenlage des Reiches und die damit notwendig gewordene Ernährung des Volkes aus den Erzeugnissen der eigenen Scholle lässt auch den wirtschaftspolitischen Aufgaben der Siedlung eine Bedeutung zu kommen. Von diesem Gesichtspunkt aus wäre zu fordern, daß keine Siedlungen ausgelegt werden, die nach ihren natürlichen Grundlagen voraussichtlich ein „Ausfuhrobjekt“ werden und dadurch nicht an der Volksernährung teilnehmen können. Es wurde bereits darauf hingewiesen, daß die Veredlungswirtschaft als Grundlage für kleinbäuerliche Betriebe angesehen werden darf. Vom Standpunkt der Veredlungswirtschaft aus können im allgemeinen Wirtschaften mit leichtem Boden dann als besiedlungsfähig gelten, wenn Wiesen nach Menge und Güte ausreichend vorhanden sind, oder wenn ein Teil des Landes aus schwerem Boden besteht und dadurch das Problem des Ackerfutterbaues gelöst wird; ferner, wenn die Witterungsverhältnisse (ausreichende Wärme und genügende Niederschläge) die Anlage von Dauergrünland gestatten. Alle Betriebe, bei denen diese Umstände zutreffen, sehen außerdem einen guten Absatz voraus, da ihre Hauptstärke in der Viehhaltung liegt. Aus der Schilderung der betriebswirtschaftlichen Verhältnisse der ostpreußischen Betriebe auf leichten Böden ergab sich, daß ihre Eignung für eine intensive Viehhaltung sehr bedingt zutrifft. Nur die Schweinezucht und -mast gewinnt als einziger Zweig der Ruhviehhaltung an Bedeutung, eventuell auch die Rindermast, wenn genügend wirtschaftseigenes Futter erzeugt werden kann. Im allgemeinen kann man jedenfalls sagen, daß sich in Masuren nach den augenblicklichen betriebswirtschaftlichen Grundlagen ein auf Getreidebau und Viehwirtschaft Wirtschaftsweise betreibender Betrieb als risikoärmster erweisen dürfte. Gerade das Vorherrschende des Getreide- und Kartoffelbaus im Osten hat es mit sich gebracht, daß die größeren Betriebe, die weniger auf Veredlungswirtschaft eingestellt sind als kleinere, in der Ernährungsfrage des deutschen Volkes eine entscheidende Rolle spielen und hinsichtlich der Marktversorgung an Getreide und Kartoffeln letztere erheblich übertreffen¹¹⁵⁾.

Wenn also die natürlichen Grundlagen der Landwirtschaft in den meisten mazurischen Bezirken den Ackerbau mehr begünstigen als die Viehzucht, so läßt sich hier vom wirtschaftspolitischen Standpunkt aus eine Erhaltung der Großbetriebe befürworten. Die Arbeiter dieser Betriebe, die als Deputanten hauptsächlich eine Naturalentlohnung erhalten, spielen durch ihre Viehhaltung eine nicht zu unterschätzende wirtschaftliche Rolle. Von den 55 000 ostpreußischen Deputantensfamilien werden an Garten-, Kartoffel- und Rübenland etwa 140 000 Morgen genutzt; diese Fläche würde 2000 Siedlungen mit je 70 Morgen entsprechen¹¹⁶⁾. Den De-

putanten ist jetzt allgemein eine Kuhhaltung zugesanden und sind ihnen zur Erlangung der noch fehlenden Kühe Kredite bereitgestellt worden. Auch für die Verbesserung der Arbeiterwohnungen sind erhebliche Staatsmittel zur Verfügung gestellt worden, so daß auch in dieser Hinsicht den sozialen Anforderungen Rechnung getragen wird.

Durch die Viehhaltung und den Landbesitz, wie er bei den ostpreußischen Deputanten üblich ist, werden diese in die landwirtschaftliche Erzeugergruppe eingereiht und ihre Bindung an die Scholle stark gefördert. Da sie auch in ihrer Fruchtbarkeit den Bauernfamilien in keiner Weise nachstehen, verdient auch bevölkerungspolitisch ihre Erhaltung gefördert zu werden.

Wenn man sich die in dieser Arbeit eingehend dargelegten nachteiligen betriebswirtschaftlichen Verhältnisse Masurens und die daraus folgende unglückliche Lage der Siedlerschaft vergegenwärtigt und mit den Aufstiegsmöglichkeiten des Deputatarbeiters vergleicht, kommt man zu dem Schluß, daß entweder in den dafür geeigneten Gebieten eine Auslegung von größeren Siedlerstellen, etwa von 25 bis 30 ha, erstrebenswert wäre, das Hauptaugenmerk jedoch auf die Selbsthaftmachung des Landarbeiters und die Verhinderung des Abwanderns seines Nachwuchses zu richten wäre. Von national-, sozial-, bevölkerungs- und wirtschaftspolitischen Gesichtspunkten gibt es daher in dem Grenzland Masuren weniger ein Siedlungs- als ein Landarbeiterproblem.



Annhang

Tabelle A. Ernteeinträge der Württembischen Kreise von 1925 bis 1930.
(Erträge in dz je ha)

Begriff	Winterweizen					Sommerweizen					Winterroggen					Sommerroggen				
	1925	1926	1927	1928	1929	1925	1926	1927	1928	1929	1925	1926	1927	1928	1929	1930	1931	1932	1933	1934
Würt.	13,1	12,7	12,8	11,7	14,5	15,8	10,7	12,4	11,4	13,9	13,9	14,9	11,3	11,4	12,3	12,6	14,2	13,2	9,9	10,4
Würt. Löhnen	16,9	13,6	15,8	14,9	15,8	18,7	14,7	14,0	12,9	12,6	15,7	16,8	14,3	10,9	14,0	12,4	12,1	13,8	11,0	11,0
Württemberg	14,3	9,1	12,6	14,0	14,9	14,6	13,0	9,6	11,0	13,1	11,9	10,4	13,0	10,6	10,5	12,3	12,2	10,4	9,5	8,7
Württemberg	16,5	11,6	16,6	15,9	16,9	15,7	16,3	16,5	10,9	11,8	12,0	11,0	14,4	10,9	13,5	12,6	11,6	13,5	10,8	8,3
Örtelsburg	16,3	14,4	15,5	15,5	15,8	14,9	11,2	11,9	11,5	11,9	15,0	11,1	11,1	11,3	9,6	10,9	11,8	11,6	9,4	9,2
Württemberg (Rand)	17,5	11,6	15,2	16,6	16,4	16,1	11,9	9,5	12,6	11,7	10,9	13,8	13,8	11,4	12,0	15,9	12,9	11,8	10,1	10,7
Reichenburg	17,2	14,7	15,1	16,1	16,6	14,3	14,8	9,7	15,4	13,2	13,5	9,4	14,2	9,3	13,6	13,9	11,9	8,1	9,3	8,6
Ötterode	19,4	13,3	18,4	20,3	15,3	19,1	16,8	16,2	14,9	18,5	15,8	14,8	17,0	12,4	14,1	18,0	13,1	11,9	11,5	10,5
Provinz Preußen	18,3	12,3	15,7	17,8	16,9	19,2	14,2	12,6	13,6	15,8	16,7	17,7	15,9	12,6	13,6	16,1	14,0	14,8	11,0	10,7
Preußen	22,6	17,2	19,4	23,4	21,8	22,6	19,7	17,7	19,8	24,0	22,7	22,0	17,4	13,7	14,4	18,5	17,2	16,4	12,1	11,3

Tabelle A. Fortsetzung.
(Erträge in dz je ha)

Begriff	Wintergerste					Sommergerste					Dauer					Gemengte lieber Wirt				
	1925	1926	1927	1928	1929	1925	1926	1927	1928	1929	1925	1926	1927	1928	1929	1930	1931	1932	1933	1934
Würt.	12,0	6,8	10,0	13,5	12,0	10,0	15,5	15,1	16,1	16,8	15,7	10,4	8,5	10,7	13,6	13,7	12,8	12,4	11,6	14,7
Würt. Löhnen	16,2	13,0	24,0	—	12,0	16,0	15,1	15,3	16,3	15,6	14,3	13,3	12,4	13,3	14,2	15,3	12,1	13,8	13,4	14,0
Württemberg	10,0	13,1	12,0	—	23,0	16,0	14,7	13,9	12,9	16,3	15,9	11,1	10,2	11,7	12,7	14,5	14,0	9,2	13,1	13,3
Württemberg	16,0	14,1	17,4	20,1	19,0	18,0	16,1	14,2	15,8	16,1	16,6	14,5	12,7	10,8	15,0	13,7	15,4	12,0	14,6	14,0
Örtelsburg	12,0	12,5	17,5	13,5	15,0	—	12,0	12,3	14,9	16,0	16,7	10,9	11,4	11,3	14,1	17,2	16,3	10,7	12,0	12,9
Württemberg (Rand)	16,4	8,0	14,8	9,3	14,0	16,0	16,1	14,8	14,4	18,8	17,4	11,4	11,7	12,4	15,6	15,9	17,3	10,8	13,7	16,5
Reichenburg	10,5	9,9	—	—	—	16,1	14,5	17,0	17,2	15,7	6,7	11,1	12,7	15,4	14,8	14,8	6,8	4,4	18,6	16,9
Ötterode	18,0	11,4	18,8	20,0	17,7	16,0	17,9	16,5	17,3	21,0	18,6	11,1	16,2	15,4	16,4	20,0	18,0	10,0	11,4	16,5
Provinz Preußen	21,0	13,3	20,0	17,0	14,4	22,3	16,7	15,8	15,5	18,5	18,2	16,5	12,6	13,4	14,3	17,3	17,9	15,5	14,2	16,9
Preußen	25,6	21,4	23,5	25,6	21,0	24,4	19,2	17,1	18,6	23,2	21,8	19,8	17,3	18,8	16,8	20,9	21,6	16,1	16,0	15,7

Tabelle A. Fortsetzung.
(Früchte in dz je ha)

Bezirk	Erhöhen alter Wert			Zupinnen			Frühkartoffeln*			Spätkartoffeln**		
	1926	1927	1928	1929	1930	1931	1932	1933	1934	1935	1936	1937
Uerd	11.9	9.3	12.7	11.7	12.4	12.3	8.4	7.8	10.5	10.7	8.3	10.1
Qöthen	13.5	12.1	11.9	11.4	13.8	12.7	11.5	11.2	12.3	10.3	10.7	11.2
Johannishburg	9.1	12.1	10.8	8.5	14.5	12.7	11.6	13.9	10.3	7.3	10.6	12.5
Gensburg	13.3	11.5	13.5	15.2	13.8	10.3	11.1	10.7	13.0	11.5	11.2	10.3
Örtziburg	11.7	11.8	11.9	10.6	12.1	6.8	10.9	11.5	9.4	11.7	7.6	11.4
Wittenbergen (Zaub)	11.8	12.4	13.1	12.5	11.8	8.7	11.5	12.8	13.3	20.0	10.4	9.1
Weissenburg	11.1	11.6	13.8	9.7	15.1	5.6	12.7	12.4	13.3	8.9	12.1	5.8
Österode	13.4	12.6	12.3	14.2	12.6	9.9	11.1	13.3	13.8	12.4	12.4	6.7
Groß. Döprenen	13.2	11.4	12.0	14.1	14.0	11.8	12.3	12.2	12.3	11.6	11.8	8.9
Preußen	13.9	12.5	13.9	16.5	15.8	14.6	11.0	12.1	11.7	11.2	11.1	8.4

*) Früchte abgerundet; **) Früh- und Spätkartoffeln noch nicht getrennt; ***) Einfl. Frühkartoffeln.

Tabelle A. Fortsetzung.
(Früchte in dz je ha)

Bezirk	Frükherrlichen			Frühernten u. d.			Früe aller Wert			Wiesen*		
	1926	1927	1928	1929	1930	1931	1932	1933	1934	1935	1936	1937
Uerd	346	395	462	359	900	296	322	398	294	310	261	40.4
Qöthen	371	424	988	905	957	396	961	384	419	300	406	371
Johannishburg	328	313	332	318	332	331	356	290	307	320	324	38.2
Gensburg	381	362	443	319	386	396	408	349	429	325	406	394
Örtziburg	324	318	336	242	326	370	273	316	241	316	254	37.3
Wittenbergen (Zaub)	348	318	335	307	310	316	311	383	340	342	388	318
Weissenburg	315	249	338	299	342	315	329	252	333	308	301	329
Österode	339	469	390	372	365	408	332	466	369	388	371	347
Groß. Döprenen	400	383	358	349	363	414	374	363	343	348	355	374
Preußen	398	371	360	347	358	450	342	368	299	346	271	306

*) Einfl. der als neu verantragten Grünfutter- und Weidemautung.

Tabelle B.

Kulturrartenverhältnis im Reg.-Bez. Altenstein
(in v. H. der Gesamtfläche).

Kreis	Äder	Wiese	Weide*)	Grünland**)	Landw. Fläche
End	50—60	6—9	4—8	20—25	70—80
Lögen	50—60	9—12	4—8	20—25	70—80
Johannisburg . .	30—40	9—12	4—8	15—20	40—50
Senßburg	40—50	6—9	4—8	15—20	50—60
Ortelßburg	40—50	12—15	8—12	25—30	60—70
Altenstein	50—60	6—9	4—8	15—20	60—70
Reidenburg	40—50	6—9	4—8	15—20	60—70
Österode	50—60	6—9	4—8	15—20	60—70

Anm. *) einschl. Hütungen; **— Viehweiden einschl. Hütungen und Futterpflanzen, Wiesen. Reichsbundesdurchschnitt: 22,25%.

Tabelle C.

Unbauverhältnisse im Reg.-Bez. Altenstein
(Unbaufläche im Verhältnis zur Gesamtfläche).

	Roggen	Weizen	So. Gerste	Hafer	Erbsen
End	10 —12,5	1—3	2—4	8—10	0,9—1
Lögen	12,5—15	1—3	4—6	6—8	0,9—1
Johannisburg . .	10 —12,5	0,1—1	1—2	3—4	0,6—0,7
Senßburg	10 —12,5	1—3	2—4	4—5	0,9—1
Ortelßburg	12,5—15	0,1—1	1—2	bis 3	0,8—0,9
Altenstein	15 —17,5	1—3	1—2	6—8	0,5—0,6
Reidenburg	17,5	0,1—1	2—4	bis 3	0,6—0,7
Österode	15 —17,5	0,1—1	2—4	5—6	0,5—0,6
Reichsbundesdurchschnitt	9,49	5,11	2,8	7,4	0,21

	Kartoffeln	Futterrüben	Klee	Serrabella	Lupinen
End	6—7	0,5—1	5—6	0,05—0,25	0,25—0,5
Lögen	6—7	0,5—1	5—6	0,05—0,25	0,50—0,75
Johannisburg . .	5—6	bis 0,5	1—2	0,50—0,75	0,75—1
Senßburg	5—6	0,5—1	3—4	0,25—0,50	1—1,25
Ortelßburg	5—6	bis 0,5	1—2	1,25—1,50	1,50—1,75
Altenstein	5—6	0,5—1	3—4	1,75	1,25—1,50
Reidenburg	7—8	bis 0,5	2—3	1,50—1,75	1,75
Österode	8—9	bis 0,5	4—5	0,75—1	0,75—1
Reichsbundesdurchschnitt	6,01	1,52	3	0,27	0,35

Anm. zu B und C: Nach „Deutscher Landwirtschaftsstatistik“, Berlin 1934.

Tabelle D.

Verschuldung und Zinsleistungsfähigkeit einer westmährischen
Siedlerwirtschaft.

Größe: 53,2 Mg.	Landw. gem. Fläche: 51,1 Mg.
Buchbesitz: 2 Werte, 3 Wirtschafts-, 1 tr. Sterte, 1 Siedl. Jungwiese, 1 Staub, 1 Buchföhre, 8 Lämmer	
Gesamteinnahme	1530,— RM
Gesamtausgabe	1504,— RM
Demnach bleiben für Zinsen- und Schuldentlastung	26,— RM
Dagegen sind erforderlich (f. u.)	1102,65 RM

V erschuldung.

Art	Höhe	Zinsatz	Amortisation
A. Dinglich gesicherte Verbindlichkeiten	RM	%	RM
Reichsbank-Landgesellschaft . . .	9000,—	4 + 1	452,—
Hausginsstifter	5000,—	2	100,—
Landgeh. Darlehen	1300,—	4	52,—
Reichsdarlehen	2613,—	5	130,65
B. Dinglich nicht gesicherte Verbindlichkeiten			
Reichsdarlehen	2000,—	5	100,—
Brüder	1000,—	6	60,—
Uttenteil	3000,—	8. Z. Naturalien	30,—
Diverses	1188,—	15	178,—
Zusammen:			1102,65

Am. Stand 4. 11. 1932. — Nähere Angaben können auf Wunsch der betreffenden Wirtschaftsberatungsstelle nicht gemacht werden.

Anmerkungen.

- 1) Roemer: *Udterbaulehre* S. 8.
- 2) Vereboe: *Allgemeine Landwirtschaftliche Betriebslehre* S. 29.
- 3) Bgl. Krüche: *Die Verteilung der landw. Hauptbodenarten im Deutschen Reich*.
- 4) Zum Reg.-Bez. Allenstein gehört verwaltungstechnisch noch der Kreis Rößel, der wirtschaftlich jedoch nicht zu Masuren gerechnet wird.
- 5) Bräuning: *Bevölkerungs- und Landbilanz in Ostpreußen im Hinblick auf die ländliche Siedlung*. *Berichte XVII* S. 200 f.
- 6) Malottki: *Die Entwicklung der Landwirtschaft Hinterpommerns bis zum Ende des 18. Jahrhunderts* S. 18.
- 7) Derf. a. a. D. S. 14.
- 8) Aubin: *Die Geschichte des gutsherrlich-bäuerlichen Verhältnisses in Ostpreußen* S. 3.
- 9) Töppen: *Geschichte Masurens* S. II.
- 10) Derf. a. a. D. S. 8.
- 11) Dob: *West-Masuren* S. 39.
- 12) Töppen: a. a. D. S. 9.
- 13) Derf. a. a. D. S. 56.
- 14) Derf. a. a. D. S. 62.
- 15) Derf. a. a. D. S. 113.
- 16) Derf. a. a. D. S. 100 ff.
- 17) Steichen: *Der Boden und die landwirtschaftlichen Verhältnisse des Preußischen Staates* Bd. VI S. 311. Eine slämische Huße — 16,81 ha.
- 18) Töppen: a. a. D. S. 93 ff.
- 19) Aubin: a. a. D. S. 28.
- 20) Töppen: a. a. D. S. 160.
- 21) Derf. a. a. D. 442.
- 22) Derf. a. a. D. S. 212.
- 23) Nach einer Chronik der Familie Schopenhauer.
- 24) Töppen: a. a. D. S. XXII.
- 25) Derf. a. a. D. S. 277.
- 26) Aubin: a. a. D. S. 172.
- 27) Beheim-Schwarzbach: *Hohenzollernsche Kolonisationen* S. 414.
- 28) Aubin: a. a. D. S. 173.
- 29) Töppen: a. a. D. S. 385.
- 30) Quante: *Die Flucht aus der Landwirtschaft* S. 163 ff.
- 31) Sufienniemi in: *Die preußische Ansiedlungs-politik in den polnischen Landen*.
Bgl. Menzel: *Ein polnischer Rückblick auf die Tätigkeit der Preuß. Ansiedlungskommission*. *Archiv* Bd. XXIV S. 261.
- 32) Elster: *Wörterbuch der Volkswirtschaft* S. 1965 f.
- 33) Ostpreußische Landgesellschaft: *zwanzig Jahre deutscher Siedlungsarbeit in Ostpreußen* S. 15.
- 34) Wagner: *Aus der Geschichte der ostpr. Landwirtschaft*. *Georgine* 112. Jahrg. S. 321.

- 25) *Arbeiten* Nr. 47 S. 166.
- 26) Bgl. z. B. die einseitigen Erfolge der Ansiedlungskommission im Posen und Westpreußen.
- 27) Deutsche Wirtschaftslunde S. 6.
- 28) Bräuning: a. a. D. S. 193.
- 29) Sering: Die Rottwendigkeit intensiver Siedlungsarbeit im Osten und die Mittel zu ihrer Durchführung. *Archiv* Bd. XXII S. 150.
- 30) Hank: Polnischer Landbesitz längst der deutschen Ostgrenze. *Archiv* Bd. XXIV S. 269 f.; ferner *Pressebericht*: Polen sieben in der Mark. *Archiv* Bd. XXIII S. 445.
- 31) Bräuning: a. a. D. S. 193 f.
- 32) Griesbach: Binnenbesiedlung oder Auswanderung? *Archiv* Bd. XXIV S. 23.
- 33) Ostpreußische Landgesellschaft: Geschäftsjahresbericht 1932 S. 21.
- 34) Sering: a. a. D. S. 154.
- 35) Broederich: Aufstiegssiedlung. *Archiv* Bd. XXII S. 39 ff.
- 36) Przyjaznowski: Zur Primitivsiedlung. Warum und wie? *Archiv* Bd. XXII S. 451.
- 37) Ostpreuß. Landgesellschaft: a. gl. D.
- 38) Poncic: Osthilfe und Siedlung. *Archiv* Bd. XXIV S. 183.
- 39) Lamey: Das größte Siedlungsperiment Europas. *Archiv* Bd. XXIII S. 416 ff.
- 40) Oppenheimer: Groß- und Kleinbetrieb in der Siedlung S. 13.
- 41) Stolt: Aufgaben und Ziele des ostdeutschen Siedlungswerkes. *Archiv* Bd. XVIII S. 14—15.
- 42) Rath Hellmann: Klimadiagramm von Deutschland.
- 43) Kob: a. a. D. S. 23.
- 44) Rath Beobachtungen der Station Münzen bei Lyd.
- 45) Verehoe: Die Beurteilung von Landgütern und Grundstücken S. 127.
- 46) Für Masuren; Preuß. Statistik, Statistik der Landwirtschaft 1926. — Für Oldenburg: Verehoe, Kleine landw. Betriebslehre S. 76.
- 47) Mitgeteilt von der Landwirtschaftsschule Johannisburg.
- 48) Kloeppel: 6—7jährige Sortenversuche in den bäuerlichen Wirtschaftsberatungsräten der Prov. Ostpreußen S. 9 ff.
- 49) Ders. a. a. D. S. 23.
- 50) Ders. a. a. D. S. 50 ff.
- 51) Ders. a. a. D. S. 35.
- 52) Preuß. Statistik, Statistik der Landwirtschaft 1930.
- 53) Roemer: a. a. D. S. 192.
- 54) Bgl. Kammer: Strohüberschuss und Gedanken zu seiner wirtschaftlichen Verwertung. *Georgine* 111. Jahrg. Nr. 42.
- 55) Erträge nach Angaben der Landesbauernschaft Königsberg.
- 56) Kloeppel: a. a. D. S. 85 f.
- 57) Ders. a. a. D. S. 91.
- 58) Kirsch: Der Butterwert der Süßlupine. *Georgine* 112. Jahrg. Nr. 30—32.
- 59) Baur: Neue Ölfrüchte für leichte Höben. *Mitteilungen* Nr. 30.
- 60) Kloeppel: a. a. D. S. 108 f.
- 61) *Arbeiten* Nr. 47 S. 12.
- 62) Sering, Seraphim, Lang, v. Dieze: Die veränderten wirtschaftlichen Grundlagen der ländlichen Siedlung. *Archiv* Bd. XXIII S. 202.
- 63) Friedmann: Die Anlage und Bewirtschaftung von Dauerweilern unter besonderer Berücksichtigung der natürlichen Bedingungen Ostdeutschlands. *Archiv* Bd. XXIII S. 105.

- 74) Gordon: *Vollwirtschaft im Norden: Großgrundbesitz im Umbruch der Zeit* S. 119.
- 75) Ritsch: a. a. D.
- 76) Nach Feststellungen der Landwirtschaftsschule Reichenburg.
- 77) Arbeiten Nr. 67 S. 11.
- 78) Arbeiten Nr. 26 S. 7.
- 79) Nach „Deutscher Landwirtschaftsatlas“ 1934.
- 80) Arbeiten Nr. 67 S. 15.
- 81) Arbeiten Nr. 67 S. 13.
- 82) Sandbrink: Schafzucht tut not auch in den bäuerlichen Betrieben. *Georgine* 112. Jahrg. Nr. 35.
- 83) Sessentin: *Siedlung und Schafhaltung*. Archiv Bd. XXIII S. 118 ff.
- 84) Die Landwirtschaftskammer f. d. Prov. Ostpreußen S. 82.
- 85) Ebenda a. a. D. S. 31.
- 86) Arbeiten Nr. 47 S. 189.
- 87) „Bauer und Markt“ 12. 10. 1933 S. 90 ff.
- 88) Ostpr. Landgemeinschaft, Bericht 1932 S. 15.
- 89) Bräuning: a. a. D. S. 218.
- 90) Ostpr. Landgesellschaft: a. a. D. S. 81.
- 91) Dieselbe a. a. D. S. 16.
- 92) Lampe: a. a. D. S. 419.
- 93) Ostpr. Landgesellschaft: a. a. D. S. 23.
- 94) Nach einer Außerung des Führ. v. Gaál, Archiv Bd. XXV S. 540.
- 95) Stoltz: Bebenfließe Vorschläge zur Massenlandesiedlung westdeutscher Erwerbsloser nach dem Osten. Archiv Bd. XXIV S. 98.
- 96) Bartusch: Ostpreußens ländliche Genossenschaften. *Elbinger Zeitung* 30. Jahrg. Nr. 17.
- 97) Wegener: *Pommern auf dem Vormarsch*. Deutsche Allg. Zeitung 10. 2. 1934.
- 98) Landwirtschaftskammer: a. a. D. S. 42.
- 99) Rubin: a. a. D. S. 16.
- 100) Lang: Grundlagen und Normen der ostpreußischen Landwirtschaft. Berichte S. 84 S. 43.
- 101) Oppenheimer: a. a. D. S. 14.
- 102) Bartusch: Grenzen der Siedlungsmöglichkeit im deutschen Osten. Archiv Bd. XXIII S. 115.
- 103) Bgl. Archiv Bd. XXII S. 542 ff. und S. 620 ff.
- 104) Sering: *Die deutsche Landwirtschaft*. Berichte S. 84 S. 50.
- 105) Bericht in Deutsche Allgem. Blg. 22. 4. 1934.
- 106) Arbeiten Nr. 67 S. 37.
- 107) Schmidt: Die Grundlagen, die Aufgaben und der gegenwärtige Stand der inneren Kolonisation in der Prov. Ostpreußen. Rühen-Archiv Bd. X S. 144.
- 108) Rubin: a. a. D. S. 36.
- 109) Arbeiten Nr. 67 S. 36 ff.
- 110) Rubin: a. a. D. S. 169.
- 111) Golding: *Die Wanderbewegung in Ostpreußen*. *Bltschr. des Preuß. Stat. Landesamtes* 1930 S. 217.
- 112) Quante: a. a. D. S. 242.
- 113) Die Erhaltung des Bauerntums in den ungünstigen Gebieten Ostpreußens. Berichte S. 84 S. 342 ff.
- 114) Mörke: *Landarbeiter im Norden* a. a. D. S. 82.

115) Gordon: a. a. D. S. 114.

116) Adam: Aufstiegsmöglichkeiten für den östpr. Landarbeiter. Georgine 112. Jahrg. Nr. 34.

A b f ü r z u n g e n .

Arbeiten = Arbeiten der Landwirtschaftskammer für die Provinz Ostpreußen;

Archiv = Archiv für innere Colonisation;

Berichte = Berichte über Landwirtschaft;

Mitteilungen = Mitteilungen der Deutschen Landwirtschaftsgesellschaft.

Literatur.

- A**er e b o e: Allgemeine landwirtschaftliche Betriebslehre. Berlin 1923.
— Kleine landw. Betriebslehre. Berlin 1932.
— Die Beurteilung von Landgütern und Grundstücken. Berlin 1924.
Arbeiten der Landwirtschaftskammer für die Provinz Ostpreußen Nr. 26, 47 und 67. Königsberg 1921, 1925 und 1933.
Archiv für innere Kolonisation. Berlin. Bd. 1926, 1930, 1931, 1932 und 1933.
Au b i n: Zur Geschichte des gutsherrlich-bäuerlichen Verhältnisses in Ostpreußen. Leipzig 1910.
Bauer und Markt. Jahrg. 1933.
Be h e i m - S c h w a r z b a c h: Hohenzollernsche Kolonisationen. Leipzig 1874.
Berichte über Landwirtschaft Bd. XVII, Berlin 1933.
— 50. Sonderheft, Berlin 1930.
— 84. Sonderheft, Berlin 1933.
Deutsche Allgemeine Zeitung, 73. Jahrg.
Deutscher Landwirtschaftsatsas. Bearbeitet im Statistischen Reichsamt. Berlin 1934.
Deutsche Wirtschaftskunde. Bearbeitet im Statistischen Reichsamt. Berlin 1930.
El s t e r: Wörterbuch der Volkswirtschaft. Jena 1911.
Georgine, Zeitschrift der Landesbauernschaft Ostpreußen. Jahrg. 111 u. 112.
Hellmann: Klima-Atlas von Deutschland. Berlin 1921.
Klo e p p e l: Ergebnisse 6-7 jähriger Sortenversuche in den bäuerlichen Wirtschaftsberatungsringen der Provinz Ostpreußen. Königsberg 1934.
Ko b: West-Masuren. Berlin 1908.
Kri s h e: Die Verteilung der landwirtschaftlichen Hauptbodenarten im Deutschen Reich. Berlin 1921.
Kü h n - A r c h i v Bd. X, Berlin 1925.
Landwirtschaftskammer für die Provinz Ostpreußen. Riehl 1931.
M a l o t t i: Die Entwicklung der Landwirtschaft Hinterpommerns bis zum Ende des 18. Jahrhunderts. Trepтов 1931.
M e i h e n: Der Boden und die landwirtschaftlichen Verhältnisse des Preuß. Staates Bd. I und VI. Berlin 1868 u. 1901.
Mitteilungen der Deutschen Landwirtschaftsgesellschaft Jahrg. 1933.
Oppenheimer, L.: Groß- und Kleinbetrieb in der Siedlung. Jena 1934.
Ostpreußische Landesgesellschaft: Zwanzig Jahre deutscher Siedlungsarbeit in Ostpreußen. Königsberg 1927.
— Geschäftsbericht 1932. Königsberg 1933.
Preußische Statistik, Statistik der Landwirtschaft. Jahrg. 1925—1930.
Qu a n t e: Die Flucht aus der Landwirtschaft. Berlin 1933.
Ro e m e r - S c h e f f e r: Ackerbaulehre. Berlin 1933.
Ro h r: Großgrundbesitz im Umbruch der Zeit. Berlin 1935.
To e p p e n: Geschichte Masurens. Danzig 1870.
Zeitschrift des Preußischen Statist. Landesamtes. Berlin 1930.



ELBLĄG

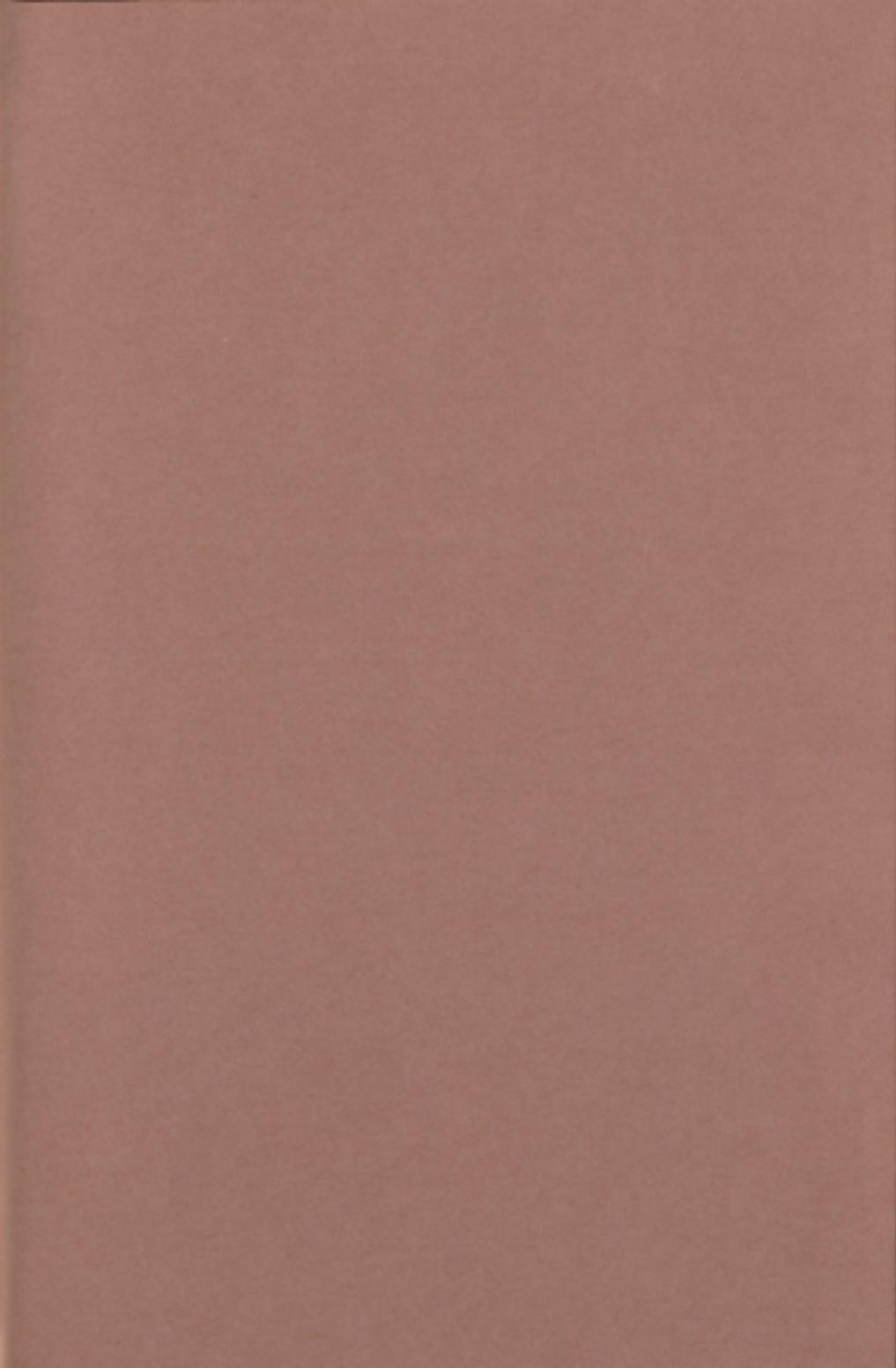
WOJEWODZKA
BIBLIOTEKA PUBLICZNA

11.5

Levenslauf.

Am 23. August 1908 wurde ich, Gert Grunau, evangelischen Bekennnisses, als Sohn des Rittmeisters d. R. Alfred Grunau und seiner Frau Elsa geb. v. Menges in Gr.-Leshendorf, Kreis Stuhm, Westpr. geboren. Meine Schulzeit verbrachte ich auf dem Realgymnasium in Marienwerder und dem Arndt-Gymnasium in Berlin-Dahlem, wo ich im März 1928 das Reifezeugnis erhielt. Von Ostern 1928 bis Ostern 1930 war ich in Hinterpommern und in der Uckermark als landwirtschaftlicher Eleve tätig. Nach Beendigung meiner Lehrzeit machte ich eine Lehrlingsprüfung und nahm Ostern 1930 das landwirtschaftliche Studium an der Georg-August-Universität in Göttingen auf, machte hier nach 3 Semestern das Vorexamen und im Februar 1933 an der Thüringischen Landesuniversität Jena, wo ich ab Ostern 1932 mein Studium forschte, das landwirtschaftliche Diplomexamen.

Die Anregung zu vorliegender Dissertation verdanke ich Herrn Prof. Dr. Wilmanns, der mir bei Unfertigung der Arbeit stets beratend zur Seite stand, wofür ich hiermit nochmals meinen besonderen Dank ausdrücke. Zu Dank verpflichtet bin ich ferner den Behörden und Instituten, die mich bei der Materialbeschaffung und durch Auskünfte unterstützten haben, besonders der Landesbauernschaft Ostpreußen, der Ostpreußischen Landgesellschaft und den Landwirtschaftsschulen in Johannisburg, Ortelsburg und Neidenburg.



ROTANOX
oczyśćczanie
maj 2015



Grunau G.
KR II.5
nr inw. 34489

Biblioteka Elbląska

II.5



111-001542-00-0